

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 222 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 7/2013 VOM 25. JUNI 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Wahr, falsch,
richtig oder exakt?**
Die Zahlen der Volkszählung

6 | **Beschäftigungsgarantie
für Kerstin G.**
Offener Brief an Kreistagsabgeordnete

12 | **Zwischen »neuer Kurs«
und 17. Juni 1953**
Lehrer und Schüler in der Krise (I)

Eberswalde – Brandenburgisches Viertel

Der Stadtteil mit den meisten Farben



Eberswalde (bbp). Graffiti als wilde Schmierereien an den Fassaden sorgen regelmäßig für Frust. Auch im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde. Aber Graffiti ist längst als Kunstform etabliert. Kunst kommt von Können, sagt man. Graffiti-Könner bewiesen ihre Kunst im Ortsteil unter anderem bereits an den Wänden einer Sporthalle, einem Trafo-Häuschen und an der WHG-Fassade in der Finsterwalder Straße.

Im Juni hat der Sprecherrat »Soziale Stadt« zwei neue Graffiti-Projekte für die beiden Kitas im Ortsteil befürwortet. Aktuelle Graffiti-Projekte gibt es auch von der TAG Immobilien AG, der mit mehr als 1.000 Wohnungen zweitgrößten Wohnungsgesellschaft im Ortsteil. »In einem groß angelegten Vandalismus-Beseitigungs-Programm sind wir derzeit dabei, alle Graffiti von unseren Häusern zu entfernen«, sagt Michaela Klein von der TAG. Es ist eine der Maßnahmen, die der zuständige Regionalleiter Hendryk Lietzmann im August vorigen Jahres nach einer gemeinsamen

Stadtteilbegehung mit Ortsvorsteher Carsten Zinn angekündigt hatte. »Daneben haben wir uns Gedanken über das künftige Erscheinungsbild unserer Häuser gemacht« so Michaela Klein. »Dabei wollten wir auch Graffiti-Künstler einbeziehen«. Konkret ist ein Team um Sören Reetz am Wirken. Bereits besprüht sind die drei Giebelwände an der Kreuzung Brandenburger Allee/Schwärzeseestraße. In Arbeit ist die Giebelwand an der Wittstocker Straße 18. Dort entstehen Natur- und Tierbilder. An den Durchgängen Gubener Straße 11/13 sowie Zum Schwärzese 19/21 und 39/41 ließ die TAG den Sprüherern und deren Phantasie freie Hand.

»Wir erhoffen uns, daß wir ein 'wenig mehr Farbe' in unseren Wohnungsbestand bringen, um mutwillige Beschädigung zukünftig zu begrenzen. Wir möchten ein kleines Zeichen zur positiven Veränderung in unserem Wohngebiet setzen. Insbesondere wollen wir unseren Bestand hierdurch hervorheben und auch die Verbundenheit zur Natur herstellen.«

Altanschießer in der Bernauer Stadthalle

Bernau (jm/h&g/bbp). In Bernau und Umgebung »brennt« derzeit die Luft, Stichwort Altanschießerbeiträge. Am 13. Juni fand dazu in der Bernauer Stadthalle eine Informationsveranstaltung des Haus & Grund Eigentümer-Vereins Bernau statt. Die Stadthalle mit ihren 400 Sitzplätzen platzte aus allen Nähten. Etwa 300 Besucher mußten stehen.

Rechtsanwalt Ulrich Höcke, der Vorsitzende des Bernauer Vereins, hatte den Landesbeauftragten für Altanschießer Richard Schenker aus Cottbus als Gastredner eingeladen. Er wies nach, daß die Forderung nach Altanschießerbeiträgen grundgesetzwidrig ist und auch gegen Bundesgesetze (z.B. Abgabenordnung) verstößt. Bisher gab es drei Gerichtsentscheidungen im Sinne der Altanschießer.

Die Besucher wurden ermutigt, Widerspruch einzulegen und dabei die vierwöchige Widerspruchsfrist einzuhalten. Ansonsten wird der Bescheid bestandskräftig. Muster-Widersprüche, die dann individuell gestaltet werden können, gibt es bei Rechtsanwalt Höcke (Breitscheidstr. 59, 16321 Bernau, www.rechtsanwalthoecke.de). Dabei sollte die Möglichkeit genutzt werden, Begründungen nachzureichen bzw. später zu ergänzen. Zudem sollte jeder Widersprecher einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung stellen. Den muß der Verband erst ablehnen, bevor er Zwangsmaßnahmen in Gang setzen kann. Ulrich Höcke rät dazu, Mahnkosten und Säumniszuschläge zu vermeiden. Bei der Zahlung – nach Eingang des Widerspruchsbescheides – sollte auf jeden Fall der Vorbehalt der Rückforderung geltend gemacht werden. Für den Fall, daß der Zweckverband auf die Widersprüche nicht in angemessener

Zeit reagieren sollte wurde empfohlen, jedenfalls nach sechs Monaten, Untätigkeitsklage einzureichen. Falls ein Bescheid aufgehoben wird und danach ein neuer Bescheid erlassen wird (Trick!), ist auch dem neuen Bescheid zu widersprechen. Der »alte« Widerspruch gilt nicht mehr! Schließlich wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, in Umsetzung eines Runderlasses des Innenministeriums Brandenburg, bei entsprechender nachzuweisender Notlage, Stundung und Erlaß in Anspruch zu nehmen.

In einem kurzen Redebeitrag informierte Johannes Madeja aus Finowfurt darüber, daß es im Bereich des ZWA Eberswalde keine Probleme mit Anschlußbeiträgen gibt. »Das ist der Erfolg einer aktiven Bürgerbewegung. Es wurden mehr als 600 Verwaltungsgerichtsverfahren zu Anschlußbeiträgen gegen den ZWA gewonnen. Im Ergebnis sah sich der ZWA Eberswalde genötigt, sein Finanzierungssystem auf eine reine Gebührenfinanzierung umzustellen. Das ist ein Hinweis darauf, daß entschlossenes Handeln vieler Menschen zum Erfolg führen wird.« Da das Interesse an weiteren Informationen und Veranstaltungen sehr groß war, bot Ulrich Höcke an, daß der Haus & Grund Eigentümer-Verein Bernau in Bernau eine Podiumsdiskussion mit Politikern organisiert. Seite 10

Jugend am Kanal

In Arnold Zweigs »Grischa«-Roman, in Ehm Welks »Heiden« und in Kants »Aula« ist eher beiläufig schonmal von Eberswalde die Rede – nie aber, bisher, kam die Stadt zu eigentlicher literarischer Berühmtheit. Das ist anders geworden, seit Wilhelm Bartschs Roman »Das bißchen Zeug zur Ewigkeit«, vom »Tagesspiegel« ebenso gelobt wie vom »Neuen Deutschland«, vorliegt.

Der in Westend aufgewachsene Autor erzählt in dem deutlich autobiografischen Buch von den Erlebnissen eines jungen Wegsuchers im Eberswalde der späten sechziger Jahre. Das sind Erlebnisse unterschiedlichster Art, die Bartsch pointenreich und stilbewußt gestaltet. Schmunzelnd nimmt man Kenntnis von den ersten erotischen Erfahrungen, die Franz Flor-schütz an verschiedenen Örtlichkeiten mit verschiedenen Frauenzimmerchen sammelt; ergötztlich lesen sich die handfesten »Russen«-Episoden; verblüfft erfährt man vom Trick des pubertierenden Jünglings, sich für Jugendliche verbotene Filme ungestört angucken zu können. Eng verwoben mit der zentralen Fabel ist die Geschichte des Knabenmörders Hagedorn, die Bartsch in einem detailreichen Psychogramm vorträgt.

Zu den Vorzüglichkeiten des Romans gehören die Typen aus dem Figurenensemble in ihren Eigentümlichkeiten und ihrer Wirkung auf den Erzähler. Da ist der kernige Großvater, da ist die verachtete Mutter, der wendige Windhund Fritz Henke, und da ist Franzens Vater, Chef aller HO-Kneipen in zwei Landkreisen und erster Geiger bei den »HO-Spatzen«. Und da sind ein paar Lehrer der EOS »Alexander von Humboldt«. Und ein Wissenschaftsförderer, der um die Tugend seiner Tochter bangt, weil F.F. sie beminnte.

Rezensenten, unter ihnen Karl Corino (!), verwiesen auf Figuren ähnlichen Formats und vergleichbarer Lebenslage und nannten – rechtens – Edgar Wibeau und Holden Caulfield aus Salingers »Fänger im Roggen«.

Neben dem eigentlichen Lektüregegnuß wird dem Eberswalder Leser die Freude der Wiederentdeckung lokaler Bezüge und auch – sofern älteren Jahrgangs – zeitlichen Kolorits zuteil. Die Hektik in den Tagen der Mördersuche; die Busse, in denen noch Schaffner und Innen mitfahren; die Gesänge der »Banjo-Boys« aus dem RIAS. Oder eben die Orte: Die Kanalbrücke, das Westendkino, der Bäckerladen daneben, die Eisdiele in der Wilhelm-Pieck-Straße, die Schuppenlandschaft hinter den Eisenbahnerhäuschen, die Drehmitzweisen, das berühmte Institutsgebäude mit seiner Insekten- und Käfersammlung, die Werbelliner Straße... ja, dies für die einschlägig Interessierten, auch Bärbel Wachholz und Britt Kersten werden erwähnt. Das Buch, das, so die »Mitteldeutsche Zeitung«, das Zeug zur Ewigkeit hat, ist im Hamburger Osburg Verlag erschienen und kostet 19,95 Euro.

P.S.

Eine Stadtteilschule soll es werden

Am 12. Juni trafen sich die Mitglieder von Bildungs- und Sozialausschuß der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 zu einer gemeinsamen Sitzung. Hauptthema war die Grundschule »Schwärzese«.

Mit dem Baubeschluß zum Umbau des einstigen Oberstufenzentrums in der Kyritzer Straße können nun endlich die Voraussetzungen für den langersehnten Umzug der Grundschule im Brandenburgischen Viertel geschaffen werden. Die Schule im Kiez soll aber nicht nur ein neues und modernes Haus erhalten. Auch neue inhaltliche Ansprüche sollen sich am neuen Standort erfüllen.



Beim Antrittsbesuch der Sozialdezernentin Regina-Dolores Stieler-Hinz im Brandenburgischen Viertel, der leider zugleich Abschiedsbesuch war, besichtigte sie gemeinsam mit Ortsvorsteher Carsten Zinn auch den neuen Standort der Grundschule Schwärzese.

Das von Dezernentin Regina-Dolores Stieler-Hinz präsentierte Konzept einer Stadtteilschule sieht die Grundschule als »Bildungsknotenpunkt« im Kiez. Die Schule in der Funktion als gesellschaftliches Zentrum im Wohngebiet ist den Älteren keineswegs unbekannt. Die Dezernentin hat die zentrale Verantwortung der Kommune dafür erkannt und setzt nicht zuletzt auf eine enge Kooperation zwischen Schule und Quartiersmanagement. Das neue Schul- und Raumprogramm soll die Grundschule als Schutzraum etablieren und zugleich deren Offenheit gegenüber der Nachbarschaft

als Knotenpunkt für das soziale Miteinander von Kindern und Familien gewährleisten. Dazu braucht es eine strukturell verankerte Zusammenarbeit mit den Akteuren im Viertel, aber auch direkter Beratungsangebote im Haus, beispielsweise durch die Sozialarbeiterin.

Dafür sollte die derzeit auf 6 Wochenstunden begrenzte Stelle unbedingt auf eine Vollzeitstelle erweitert werden.

Der integrierte Hort »Kinderinsel« wird mittel- bis langfristig zum zentralen Hort für den Ortsteil werden.

Die Schulbibliothek könnte für den Stadtteil geöffnet werden und die Aula wieder stärker für Veranstaltungen im Ortsteil genutzt werden. Der Schulgarten, der künftig auf dem Gelände sein wird, könnte perspektivisch in Größe und Funktion erweitert werden.

Zur Öffnung der Schule zum Stadtteilzentrum gehört auch die Außengestaltung des Eingangsbereiches. Der neue Eingang am Übergang

zwischen dem alten Plattenbau und dem Mitte der 90er Jahre errichteten Erweiterungsbau wird näher am Potsdamer Platz liegen. Der Dezernentin schwebt dazu ein Beteiligungsprojekt »Potsdamer Platz« vor. Die Schule könnte gemeinsam mit weiteren Anrainern wie dem Seniorenwohnheim, dem Einkaufszentrum Heidewald, der Sparkasse und anderen gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen organisieren, mit dem der zentrale Platz im Kiez neu für die Einwohnerinnen und Einwohner erfahren und in Besitz genommen werden kann.

GERD MARKMANN

»Bildungsmanagement«

Eberswalde (bbp). Das Quartiersmanagement »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel soll neu ausgeschrieben werden. Darüber informierte Sozialdezernentin Regina-Dolores Stieler-Hinz anlässlich der gemeinsamen Sitzung von Bildungs- und Sozialausschuß am 12. Juni. Im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« soll sich künftig auf die Themen Bildung, Gesundheit und Schule im Stadtteil konzentriert werden. Das Quartiersmanagement werde somit zum »Bildungsmanagement«. Schon im neuen Schuljahr soll die derzeitige Quartiersmanagerin feste Präsenzzeiten in der Grundschule Schwärzese anbieten. In der Beratung der Eltern soll sie eine Lotsenfunktion übernehmen, die Vernetzung der Akteure in und um die Schule herum organisieren und die Schulleitung bei Stadtteilprojekten unterstützen.

Verstoß gegen Vergaberecht

Eberswalde (bbp). Die Rettungsdienst GmbH des Landkreises Barnim hat erheblich gegen geltendes Vergaberecht verstoßen. Dies hat das Kommunale Prüfungsamt (KPA) des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg im Rahmen einer überörtlichen Prüfung festgestellt. So hätte die Beschaffung von Rettungsfahrzeugen in öffentlicher Ausschreibung erfolgen müssen. Auch die Versorgung des Rettungsdienstes mit Medikamenten sollte bei unbefristeten Versorgungsaufträgen im Wettbewerb erfolgen, meint das KPA. Seitens der Kreisverwaltung werden die Beanstandungen zurückgewiesen, weil ein Rundschreiben zum Vergaberecht zu spät gekommen sei. Das KPA geht hingegen davon aus, daß die geltenden Rechtsbestimmungen dem Landkreis hätten bekannt sein müssen.

Die Zahlen der Volkszählung:

Wahr, falsch, richtig oder exakt?

Das Erstaunen war teilweise groß, als vor wenigen Wochen die Ergebnisse der Volkszählung Zensus 2011 veröffentlicht wurden. Das galt auch für Eberswalde. Diese Zahlen verursachten Diskussionen bei den Einwohnern, u.a. weil die Vergütung des Bürgermeisters an die Einwohnerzahl der Stadt gekoppelt ist. Beispielsweise liegt die Grenze zwischen den Besoldungsstufen B3 und B4 bei 40.000 Einwohnern.

Zunächst eine Bemerkung: Es gibt keinen Grund, warum Einwohnerzahlen aus Melderegistern der Bürgerämter und die Zensus-Ergebnisse gleich sein müssen. Die Fortschreibung der Einwohnerdaten erfolgte für Eberswalde auf Basis der Volkszählung 1981. Das bedeutet, die so ermittelte jetzige Einwohnerzahl beinhaltet alle Effekte von den Auflösungserscheinungen der DDR und dem anschließenden Durcheinander bei den Ämtern bis zu den ungeklärten Daten von Ausländern, die in Eberswalde wohnten, aber keine Eberswalder waren. Hinzu kommt noch, daß Ämter in der BRD aufgrund politischer Vorgaben in der Regel verantwortungslos, fehlerhaft und ineffektiv arbeiten.

Bei der Volkszählung Zensus 2011 wurde eine Zufallsstichprobe gezogen, und ausgehend von dieser Zufallsstichprobe wurde dann die Einwohnerzahl geschätzt. Verwendet man eine

andere Zufallsstichprobe, dann erhält man auch eine andere Schätzung für die Einwohnerzahl. Durch eine geschickte Wahl des Stichprobenverfahrens läßt sich der Stichprobenfehler minimieren. Beim Zensus 2011 sollen es 1,9% sein. Der Stichprobenfehler ist nicht zu vermeiden. Nähme man z.B. die Einwohnerzahl von Eberswalde als Stichprobe, um die Weltbevölkerung zu schätzen, so erhielte man eine abnehmende Weltbevölkerung, obwohl das Gegenteil der Fall ist. Nun hat aber auch eine richtige Durchzählung wie beim Militär den Nachteil, nicht die Einwohnerzahl zu liefern. Dieser Zählprozeß dauert eine gewisse Zeit, und in diesem Zeitraum verändert sich die Einwohnerzahl durch Geburt, Tod, Zuzug und Wegzug. Außerdem vergeht Zeit bis zum Verkünden des Ergebnisses, in der sich die Einwohnerzahl wieder ändert. Diese Effekte stellen die Unschärfe dar.

Daten aus Volkszählungen liefern u.a. Informationen zur Infrastruktur, zur Arbeitskräftestruktur, zur Planung des ÖPNV und schließlich für Privatinvestoren zur Errichtung von Produktionsanlagen. Außerdem werden diese Daten auch für Prognosezwecke genutzt.

Die vom Zensus 2011 ausgewiesenen Zahlen sind amtlich. Sie gelten als exakt. Sie sind weder wahr noch falsch, wie oben begründet wurde. Mit amtlichen Zahlen wird gerechnet. Aber auch amtliche Zahlen sind nicht fehlerfrei. Man denke nur an Zahlen, die in der DDR gemeldet wurden. In amtlichen Zahlen tritt als zusätzlicher Fehler immer noch der Wille des Amtsträgers auf. Auch sogenannte demokratische Systeme wie die BRD sind von diesem Effekt nicht verschont. Ein schlimmes Beispiel war die Statistik, die der Aufnahme von Griechenland in die Eurozone empfahl. Dabei haben viele hoch bezahlte Statistiker jämmerlich versagt. Zu beachten ist, daß auch in der BRD amtliche Zahlen für Agitation und Propaganda genutzt werden. Dafür steht die monatliche Verkündung der Arbeitslosenzahlen.

Bleibt die Schlußfolgerung: Für die Zwecke der Volkszählung ist die Abweichung der veröffentlichten Zahlen bedeutungslos, für die Berechnung des Bürgermeistergehalts hingegen nicht.

Dr. ULRICH POFAHL

Für Eberswalde gibt es folgende Angaben zur Einwohnerzahl:

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
A	41.831	41.787	41.396	41.331	41.175	-	-	-
B	41.831	41.787	41.396	41.331	41.175	40.994	39.121	-
C	-	-	-	-	-	40.422	40.223	40.610

Als Quellen standen der Statistische Jahresbericht Eberswalde von 2009 (A), Wikipedia, wo das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg als Quelle genannt wird (B) und Angaben aus MOZ-Artikeln vom 28.02.12 und 10.01.13 (C) zur Verfügung.

Der Zensus liefert mit Stichtag 09.05.2011 eine Einwohnerzahl von 39.166.

Wozu braucht die BRD eine Armee?

Die Wehrpflicht ist abgeschafft. Das ist gut so. Die Verteidigung der Heimat ist Bürgerpflicht. Aber Deutschland hat ringsherum nur Freunde. Der »Erbfeind« Frankreich ist längst engster Verbündeter, nach Polen bestehen engste wirtschaftliche Beziehungen. Und auch die deutsch-sowjetische Freundschaft, die einst nur für den Osten Deutschlands galt, ist – Schröder hin und Putin her – längst zur gesamtdeutsch-russischen Freundschaft geworden, auch wenn das zuweilen noch anders kommuniziert wird. Auf jeden Fall ist klar: Niemand bedroht die BRD.

Wozu also brauchen wir eine Armee? Um irgendwo die wirtschaftlichen Interessen unserer ökonomischen Eliten durchzusetzen? Mal davon abgesehen, daß dies kaum im Interesse der Mehrheit der Deutschen liegt, fehlen dafür letztlich die Grundlagen. Zwei vergebliche Anläufe zur Weltherrschaft sollten Erfahrung genug sein. Einen dritten Punischen Krieg brauchen wir nun wirklich nicht.

Die aktuellen Kriegseinsätze der Bundeswehr zeigen es deutlich. Diese Armee ist gar

nicht in der Lage, entsprechenden Ansprüchen tatsächlich nachzukommen. Mehr als Hilfstruppendienste kann die Bundeswehr gar nicht leisten. Auch das ist gut so. Jeder weiß: Nach dem dritten Punischen Krieg gab es Karthago nicht mehr.

Das beste wird also sein, daß wir diese Armee – die nichts leistet, aber eine Menge Geld kostet – abschaffen. Das wird, soll es sozialver-



Mit teurer Technik, hier die Abschußrampe von Patriot-Luftabwehrraketen, warb die Bundeswehr vor einigen Jahren auch in Eberswalde.

träglich geschehen, ein paar Jahre in Anspruch nehmen. Es kann ja keiner verlangen, die vom Abrüstungsminister Eppelmann durchgezogene Abwicklung der NVA in gleicher Weise bei der Bundeswehr zu wiederholen. Oder vielleicht doch?

Eine Alternative wäre das »Outsourcen« der Waffendienstler in eine Fremdenlegion, die dann meistbietend an die Warlords in aller Welt verschertelt werden könnte. In Hessen hatte das vor ein paar Jahren zu erheblichen Haushaltsüberschüssen geführt.

Die Abschaffung der Bundeswehr wird auf jeden Fall längerfristig erhebliche Haushaltsmittel freisetzen. Geld, das für ein bedingungsloses Grundeinkommen eingesetzt werden kann. Jeder Bürger über 18 Jahre kann dann mit 1.500 Euro pro Monat rechnen, alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahre könnten 500 Euro bekommen. Die Finanzen dafür wären da. Und am 22. September sind Bundestagswahlen.

JÜRGEN KLAUS MEIßNER, Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen Eberswalde

Neue Wege in Finow

Finow (bbp). Das Zentrum von Finow soll attraktiver werden. Eine Möglichkeit dafür ist die Erschließung neuer Wegebeziehungen. Nachdem der Stadtpark samt sowjetischem Ehrenmal zugunsten der Spiel- und Sportmöglichkeiten der Kinder der Finower Grundschule aufgegeben worden war, machte sich ein Mangel an öffentlich zugänglichen Aufenthaltsflächen bemerkbar. Eine Machbarkeitsstudie soll nun herausfinden, inwieweit durch die Öffnung des Kirchenhangs und der Umgestaltung des Platzes vor dem WHG-Hauptsitz an der Dorfstraße/Ecke Brückenstraße mit Weiterführung der Wege bis zum Treidelweg am Finowkanal eine Aufwertung des Finower Stadtzentrums erreicht werden kann. Dies setzt neue Verkehrsführungen voraus, wie den Bau der B-167-neu oder einer stadtnahen Umfahrung von Finow auf der Trasse der einstigen Nebenstrecke der Eberswalde-Finowfurter-Eisenbahn zum Walzwerk mit Anschluß an die Angermünder Straße. Insoweit ist das ganze Zukunftsmusik. Konkrete Widerstände gab es allerdings auch von Anwohnern. So zeigen sich die Kleingärtner zwischen Dorfstraße und Finowkanal wenig begeistert davon, daß die offizielle Wegeverbindung mitten durch ihre Gartenanlage führen soll.

Gegenwind kommt auch vom Finower Gemeindekirchenrat. Eine Zustimmung für die Umgestaltung des Kirchengeländes zur Reaktivierung des historischen Ortskerns von Finow machen die Kirchenvertreter von Bedingungen abhängig. So wollen sie »eine automatische Schließung des Parkes bei Einbruch der Dunkelheit und Öffnung nach Sonnenaufgang einschließlich der Wartung und Unterhaltung der Anlage in der Verantwortung und auf Kosten der Stadt«. Eine »sinnvolle Zaunbegrenzung zum Pfarrgarten und Küstereigelände hin« gehört ebenso zu den Bedingungen, wie der Erhalt des Grabkreuzes an der Südseite der Kirche und ein »Mitspracherecht der Kirchengemeinde bei der Parkbegrünung und bei Baumfällungen«. Per Vertrag, so die Forderung der Finower Kirchengemeinde, soll »die hundertprozentige und dauerhafte Pflege aller öffentlichen Wege und Parkflächen einschließlich der Verkehrswegesicherungspflicht« durch die Stadt Eberswalde festgelegt werden. »Die Kosten zur Beseitigung aller Schäden an der Kirche (wie z.B. Graffiti-Schmierereien, Fensterbrüche und weiterer Einrichtungsgegenstände der Parkanlage, z.B. Mauer), die mit der Öffnung des Parkes in Verbindung stehen, die Stromkosten, wenn eine Wegebeleuchtung installiert werden sollte und deren Wartung«, müßten durch die Stadt übernommen werden. Zudem soll eine Klausel eingearbeitet werden, »die es der Kirchengemeinde erlaubt, den Park bei extremem Vandalismus kurzfristig zu schließen«. Bei der Parkgestaltung sei auch darauf zu achten, »daß sich am Fuß des Kirchberges die Fundamentreste der alten Heegermühler Kirche befinden«. Gegebenenfalls müsse die untere Denkmalbehörde des Landkreises Barnim informiert und einbezogen werden.

Fragen zum BBZ-Wärmeliefervertrag

Eberswalde (bbp). Der Stadtverordnete vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde Albrecht Triller äußerte starke Zweifel an der Sinnfälligkeit des neuen zehnjährigen Wärmelieferungsvertrages für das Bürgerbildungszentrum mit der EWE, der am 23. Mai vom Eberswalder Hauptausschuß bestätigt worden war.

Dabei weist der neue Vertrag auf den ersten Blick durchaus Vorteile auf. So sinkt der Arbeitspreis gegenüber dem aktuellen Vertrag, der 2017 ausläuft, von 11,74 Cent/kWh auf 7,34 Cent/kWh. Allerdings kommt ein Grundpreis von ca. 13.000 Euro pro Jahr dazu, 11.000 Euro für die Kesselanlage und der Rest für deren Wartung und Betrieb. Erdgas kostet aktuell weniger als 6 Cent/kWh. Ein Kostenvergleich auf die Vertragslaufzeit gerechnet, lag den

Stadtverordneten nicht vor. Allerdings wurden Alternativen gar nicht erst in Erwägung gezogen. »Bei EWE handelt es sich um einen zuverlässigen Vertragspartner«, erklärte der Amtsleiter für Hochbau und Gebäudewirtschaft Bert Bessel. Und, es sei nicht vorteilhafter, Gas anstatt der Heizwärme zu kaufen. Und: »EWE hat sich als zuverlässiger Partner bei der Wärmeversorgung, im Planungsprozeß und beim Finden einer technischen Lösung bewährt.«

Eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und EWE hatte es auch beim Verkauf der Stadtwerkeanteile gegeben. Die EWE-Manager nahmen später einen Strafbefehl mit 6-stelligem Eurobetrag in Kauf, um dem anstehenden Bestechungsprozeß zu entgehen.

Es stand in der Anlage im Unterpunkt 421

Am 23.05.2013 hat der Hauptausschuß mehrheitlich einen »Wärmeliefervertrag für das Bürgerbildungszentrum« genehmigt. Die Umsetzung des neuen Wärmeversorgungskonzeptes, hieß es in der Sachverhaltsdarstellung, sei »nur in Zusammenarbeit mit EWE möglich«. Dies sei »so mit der Genehmigung der Entwurfsplanung am 16.12.2010 (BV/474/2010) und dem Baubeschluß am 15.12.2011 (BV/681/2011) von der StVv bereits bestätigt« worden.

Ein Blick in diese Beschlußtexte einschließlich der Sachverhaltsdarstellungen ergab allerdings, daß weder in der Vorlage zur Entwurfsplanung (2010) noch in der zum Baubeschluß (2011) die Problematik Wärmeversorgung und eine diesbezügliche vertragliche Bindung der Stadt an die EWE erwähnt wurden. Das veranlaßte mich auf der eine Woche später stattfindenden Stadtverordnetenversammlung nachzufragen: »Wie und in welcher Form haben die Stadtverordneten bereits 2010 und 2011 über den künftigen Vertragspartner zur Wärmeversorgung

entschieden, obwohl dazu nichts in den jeweiligen Beschlußvorlagen stand?«

Es gab eine schnelle und ausführliche Antwort: »Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Entwurfsplanung« hieß es im Beschluß von 2010. Teil der Entwurfsplanungsunterlagen sei u.a. der Erläuterungsbericht gewesen. Und dort wurde im Unterabschnitt zur Kostengruppe 421 »Wärmeerzeugungsanlagen« nicht nur »die grundsätzliche technische Funktionsweise erläutert«, sondern auch ausgeführt, »daß die Wärmelieferung von der EWE als Nachfolger der Stadtwerke fortgesetzt werden soll«.

Tatsächlich ist in dem besagten Unterpunkt des Erläuterungsberichtes der Entwurfsplanung davon zu lesen, daß ein bestehender Wärmelieferungsvertrag »fortgesetzt« werden soll. Von einem neu abzuschließenden Vertrag, der weit über die Geltungsdauer des bestehenden Vertrags hinausgeht, steht allerdings auch dort nichts.

GERD MARKMANN

Jugendliche ohne Obdach

Eberswalde (bbp). Es häufen sich die Fälle, daß Jugendlichen unter 25 Jahren die Wohnung gekündigt wird. Hintergrund sind oft Sanktionen des Jobcenters oder Versäumnisse bei der Neubeantragung von Hartz IV-Leistungen, in deren Folge die Jugendlichen die Miete schuldig bleiben. Schnell türmen sich Mietschulden auf, die von diesen Jugendlichen nicht aufgebracht werden können. Andere ziehen aus dem Elternhaus aus, haben dann aber keinen Anspruch auf Hartz IV.

Oft suchen diese Jugendlichen Übernachtungsmöglichkeiten bei Freunden. Volker Pas-

soke (DIE LINKE) wies im städtischen Hauptausschuß darauf hin, daß der Aufnehmende bei Bekanntwerden die Hälfte seiner SGB II-Ansprüche auf Unterkunftsleistungen verliert und dann mitunter selbst wohnungslos wird, weil die Miete nicht mehr bezahlt werden kann. Hier müsse die Verwaltung gemeinsam mit den Sozialarbeitern der Stiftung SPI und den Wohnungsgesellschaften Lösungen finden.

Das gleiche hatte Carsten Zinn (Die Linke/Allianz freier Wähler) bereits auf der Sitzung des Vormonats gefordert. Seiner Ansicht nach sollte durch Projekte entsprechender Wohnraum für die Betroffenen durch die ortsansässigen Wohnungsunternehmen angeboten werden, um diesen wieder die Rückkehr in ein geordnetes System zu erleichtern. Die Verwaltung sagt zu, daß sie sich der Problematik annehmen werde.

Nichtwähler in Deutschland.

Eine Studie. Manfred Güllner. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben von Dietmar Molthagen. 86 S. (library.fes.de/pdf-files/dialog/10076.pdf) VAB

Leitung des Dezernats II wird neu ausgeschrieben

»Die Kriterien legt der Bürgermeister fest«

Ende Mai wurde bekannt, daß die Sozialdezernentin Regina-Dolores Stieler-Hinz, die am 1. Januar des Jahres ihren Dienst im Eberswalder Rathaus antrat, zum 31. Juli ihre Tätigkeit bereits wieder beenden wird. Der Bürgermeister hatte mitgeteilt, daß umgehend mit dem Ausschreibungsverfahren für die Neubesetzung der Dezernatsleitung begonnen werde. Für Carsten Zinn von der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) war das Anlaß für eine schriftliche Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 30. Mai. Es antwortete Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff (nach der Niederschrift der StVV vom 30.5.).

1. Hat die Ausschreibung bereits begonnen? Wird es sich wieder um eine bundesweite Ausschreibung handeln? Wer legt das fest?

Die Ausschreibung der Stelle hat bereits begonnen. Es handelt sich um eine bundesweite Ausschreibung. Die Entscheidung hierzu trifft der Bürgermeister gemäß § 62 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

2. Wie und wo wird diese Ausschreibung veröffentlicht? Welche Kosten sind dafür veranschlagt? Welche Haushaltsstelle wird damit belastet? Können gegenüber dem vorangegangenen Ausschreibungsverfahren Einsparungen erzielt werden?

Die Ausschreibung wird in der Märkischen Oderzeitung, der Berliner Morgenpost und auf 34 Internetportalen veröffentlicht. Es wurden keine Kosten für eine zweite Ausschreibung veranschlagt, da nicht davon ausgegangen werden konnte, daß eine erneute Ausschreibung erforderlich wird. Die anfallenden Kosten werden aus dem Budget des Hauptamtes, Sachkonto der Kontengruppe 52 »Aufwendungen für Sach-

und Dienstleistungen« der Produktgruppe 11.12, siehe Seite IV-10 im Haushaltsplan 2013/2014, gedeckt. Gegenüber dem vorangegangenen Ausschreibungsverfahren können keine Einsparungen erzielt werden, da eine breite Streuung vorgesehen ist, um eine große Bewerberauswahl zu erhalten.

3. Welche formalen und inhaltlichen Kriterien werden der Ausschreibung zugrunde gelegt? Welches Gremium legt diese Kriterien fest? Wer prüft die eingehenden Bewerbungen hinsichtlich der Einhaltung dieser Kriterien?

Die formalen und inhaltlichen Kriterien sind im Ausschreibungstext ersichtlich und werden vom Bürgermeister nach einer Beratung mit den Dezernenten und den jeweiligen Ämtern festgelegt. Erwartet werden: eine dynamische und erfahrene Führungspersönlichkeit mit abgeschlossenem Hochschulstudium, mehrjährige Berufs- und Führungserfahrung in einer öffentlichen Verwaltung, passend zum neuen Aufgabenbereich, Erfahrung im Umgang mit politischen Gremien, ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein und ausgeprägte Sozial- und Führungskompetenz, eine ausgeprägte Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative sowie zeitliche Flexibilität, Überzeugungs- und Durchsetzungskraft sowie Teamfähigkeit sowie ein Führerschein der Klasse B.

4. Welche Kriterien werden angelegt, um schließlich aus dem Kreis der geeigneten Kandidatinnen bzw. Kandidaten eine Auswahl zu treffen? Welches Gremium legt diese Kriterien fest? Wer prüft, inwieweit diese Kriterien bei der Auswahl berücksichtigt werden? Wie werden die Stadtverordneten an diesem Verfahren beteiligt?

Der Bürgermeister legt die o.g. Kriterien fest und überprüft, ob diese bei der Auswahl berücksichtigt wurden (§ 62 Abs. 3 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg). Die Stadtverordnetenversammlung wird durch eine Beschlussvorlage beteiligt, wo sie über das Ergebnis des Bewerberauswahlverfahrens entscheidet.

5. Wie lange wird das Ausschreibungsverfahren voraussichtlich dauern? Ist im Vergleich zum vorhergehenden Ausschreibungsverfahren eine Verkürzung der Zeitdauer möglich?

Das Ausschreibungsverfahren wird voraussichtlich bis Ende September dauern, eine Verkürzung der Zeitdauer ist nicht möglich. Schon der Termin Ende September ist sehr ambitioniert.

6. Welche Erfahrungen aus früheren Ausschreibungsverfahren werden in das aktuelle Verfahren einfließen, um die Stelle künftig dauerhaft besetzen zu können? Werden gegebenenfalls strukturelle Änderungen – z.B. eine inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung der Dezernate und Ämter – erwogen, um Anspruch und Realisierungsmöglichkeiten für die neue Dezernentin bzw. den neuen Dezernenten in Übereinstimmung zu bringen?

Im Personalentwicklungskonzept (Beschluss-Nr. 14-174/09 »Personalentwicklungskonzept der Stadtverwaltung Eberswalde«) wurde bereits im Dezember 2009 beschlossen, daß bei den Bewerber/innen sowohl auf persönliche und fachliche Qualifikationen als auch auf soziale Beziehungen geachtet wird. Eine inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung der Dezernate und Ämter wird nicht erwogen, da sich die Gliederung aus 2007 bisher bewährt hat.

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark 1995 - 2012

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben					städt. Zuschuß	
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	604.960,55	619.310,12
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	593.251,97	749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,71	699.089,39	727.158,55
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,31	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	817.862,49	844.800,52
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,67	619.634,63	565.283,41
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,69	679.967,07	564.690,08
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	633.950,80	898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	501.000,00	803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	561.800,00	792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	687.200,00	928.058,34
2005	268.404	868.057,50	163.180,36	1.031.237,86	30,53	1.159.931,58	76.383,25	159.059,00	314.671,37	1.710.045,20	662.400,00	678.807,34
2006	254.651	904.953,15	119.130,30	1.024.083,45	31,48	1.228.021,70	72.454,66	174.524,45	306.466,65	1.781.467,46	849.300,00	757.384,01
2007	258.498	942.508,25	136.383,51	1.078.891,76	24/13	1.227.211,62	84.587,41	173.144,06	358.351,26	1.867.303,61	871.100,00	788.411,85
2008	254.353	1.098.975,85	129.937,11	1.228.912,96	31,75	1.271.335,01	85.504,21	210.700,74	402.417,07	1.969.957,03	746.300,00	741.044,07
2009	250.237	1.094.079,20	139.375,30	1.233.444,50	30,25	1.343.658,11	87.403,32	234.637,05	543.234,23	2.208.932,71	692.000,00	690.000,00
2010	242.150	1.049.443,60	134.389,78	1.183.833,38	30,50	1.309.339,33	92.085,39	227.299,25	663.863,84	2.292.587,81	612.400,00	635.754,43
2011	269.868	1.212.502,60	845.729,01	2.058.231,61	31,50	1.404.807,82	93.752,27	201.568,56	900.318,28	2.600.446,93	468.144,00	542.215,32
2012	253.175	1.092.613,00	866.959,21	1.959.572,21	32,60	1.369.947,85	104.550,17	216.750,85	698.278,39	2.389.527,26	535.394,00	480.905,05

Seit 2009 wird ein Teil der Kosten durch Zuschüsse des Landkreis getragen: 2009: 400.000 Euro, 2010: 473.000 Euro, 2011: 468.144 Euro, 2011: 500.000 Euro). Seit 2011 wird der Kreiszuschuß unter »sonstige Einnahmen« verbucht. Seit 2000 gehören die Mitarbeiter der Märchenvilla zum Tierpark (1999: 5,2 Stellen mit Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro). Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro.

Bürgerentscheid in Panketal

Panketal (bbp). Am 27. Mai erklärte die Panketaler Gemeindevertretung das Bürgerbegehren »Pro dritte Grundschule« für zulässig und entschied sich für einen Bürgerentscheid, der am 18. August stattfinden wird. Auf eine inhaltliche Diskussion ließen sich Bürgermeister Fornell und einige Gemeindevertreter nicht ein. Nach diversen Beiträgen pro Grundschule im Rahmen der Einwohnerfragestunde stellte Alexander Holweger, 1. Vertrauensperson des Bürgerbegehrens, die Ziele und Inhalte des Anliegens in einem Redebeitrag zum Tagesordnungspunkt vor (siehe www.world-wide-brandenburg.de).

Bürgermeister und Gemeindevertretung hatten im Januar plötzlich statt des erhofften Ausbaus eines dritten Grundschulstandortes in Panketal lediglich für einen Ergänzungsbau entschieden. Daraufhin gründete sich die Bürgerinitiative »Pro dritte Grundschule«, die am 8. März mit der Unterschriftensammlung für ein kassierendes Bürgerbegehren begann (BBP 4/2013).

Mit dem geforderten Umbau des »Alten Krankenhauses« (Panketal/OT Zepernick) zu einem zusätzlichen, kommunalen Schulstandort können die (so jedenfalls attestierte das Staatliche Schulamt Eberswalde im März 2013) momentan »gesundheitsgefährdenden Arbeits- und Lernbedingungen« endlich nachhaltig behoben werden, meinen auch die Niederbarnimer Bündnisgrünen. Die Kommune rette zudem eine gemeindeeigene Immobilie in attraktiver Lage vor dem Verfall und schaffe einen bleibenden Wert mit besten Nachnutzungsmöglichkeiten (z.B. für seniorengerechtes Wohnen). Unter dem Strich ergibt sich also eine Perspektive für mehrere Generationen.

Argumentativ sehen die Bündnisgrünen »die BI auf der sicheren Seite, denn sie arbeitet u.a. mit den in monatelanger Arbeit erhobenen Zahlen und Fakten der örtlichen Fachverwaltungsbereiche«. Es sei bedauerlich, daß eine Mehrzahl der Gemeindevertreter im Januar lieber dem »Bauchgefühl des Bürgermeisters« gefolgt ist und eine etwa 4 Millionen Euro teure Notlösung ohne wirklichen Entlastungscharakter favorisiert. Gedanken an inklusive Bildung würden hier zwangsläufig zur Farce.

Das Bürgerbegehren für eine dritte Grundschule war binnen kurzem bereits das zweite erfolgreiche Bürgerbegehren in Panketal. Anfang des Jahres hatten mehr als 5.000 Panketaler (28 % der Wahlberechtigten) einen Einwohnerantrag der Bürgerinitiative »Sozialverträgliche Kostenbeteiligung Trinkwasser« unterschrieben. Im April hatte die Gemeindevertretung dem Antrag zugestimmt.



Grafik: Alexander Holweger

Offener Brief:

Beschäftigungsgarantie für Kerstin G.

Eberswalde (bbp). »Beenden Sie den unwürdigen Rechtsstreit um einen 6-Std-Arbeitsplatz für die sozial schwache Angestellte der Kreisverwaltung Frau Kerstin G.« Mit dieser Forderung wandten sich jetzt die beiden Kreistagsabgeordneten Albrecht Triller und Johannes Madeja an Landrat Bodo Ihrke. Der wirtschaftlich starke Landkreis könne »bei seinen vielen Planstellen auch die Arbeitsplatzgarantie für Frau Kerstin G. ohne Probleme erfüllen«.

Zugleich schrieben die beiden Kommunalpolitiker zu dem Thema einen Offenen Brief an ihre Kreistagskollegen. Darin verweisen sie auf die mittels Kreistagsbeschluß gegebene Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten des Altenpflegeheimes Finow »Webers Ablage«. Der Beschluß zum Trägerwechsel habe nur deshalb überhaupt eine Mehrheit gefunden. In der Beschlußbegründung heißt es: »Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht von der Unternehmensgruppe übernommen werden oder die dem Übergang ihres bestehenden Arbeitsverhältnisses im Rahmen des Betriebsübergangs nach § 613a BGB widersprechen, werden weiter in der Kreisverwaltung Barnim beschäftigt«. Daher sei es völlig unverständlich, wieso nun Kerstin G. um ihren Arbeitsplatz vor Gericht kämpfen muß. Zumal sie über mehrere Berufsabschlüsse und zusätzliche Qualifikationen verfügt und demzufolge sehr flexibel eingesetzt werden könnte.

Albrecht Triller hatte in der Kreistagsitzung am 12. Juni nach den Hintergründen gefragt. Die Antwort der Sozialdezernentin Silvia Ulonska machte deutlich, daß der Landkreis gegenüber der Mitarbeiterin des Altenheims Kerstin G. die Arbeitsplatzgarantie nicht einlöst und damit den Kreistagsbeschluß nicht erfüllt.

»Als Kreistagsabgeordnete fassen wir nicht nur die erforderlichen Beschlüsse«, schreiben Triller und Madeja in ihrem Offenen Brief, »sondern sind auch für die Kontrolle der Beschlußrealisierung verantwortlich. Daß der Landrat auf die Abgeordnetenfrage hin nicht beschlußgetreu reagiert, sondern die Verwaltung weiter gegen den Beschluß agieren läßt, muß uns Kreistagsabgeordnete mit unserer Kontrollverpflichtung auf den Plan rufen. Deshalb wenden wir uns mit diesem Brief an alle Kolleginnen und Kollegen Kreistagsabgeordnete und rufen Sie auf, Ihrerseits auf die Einhaltung des Beschlusses hinzuwirken.«

Landrat agiert mit Falschaussagen

Entgegen der Behauptung von Bodo Ihrke hatte Kerstin G. einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Den mußte sie sich freilich erst erklagen, nachdem sie – rechtswidrig – den dritten befristeten Vertrag in Folge erhalten hatte. Daß sich der Landkreis dem durchaus bewußt ist, dokumentiert eine ordentliche betriebsbedingte Kündigung vom 1.10.2012, nach der das Arbeitsverhältnis zum 31.12.2012 beendet wurde. Die Befristung wäre schon am 31.10.2012 ausgelaufen.

»Obwohl die gegebene Arbeitsplatzgarantie auch für Frau Kerstin G. gilt, hat der Landrat nicht nur kein konkretes Angebot gemacht, sondern auf konkrete Bewerbungen von Frau Kerstin

G. auf freie Stellen nicht reagiert oder sie abschlägig beschieden. Gleichwohl wurden die Stellen, um die sich Frau Kerstin G. beworben hat, besetzt, und zwar mit Bewerbern, deren Bewerbungen später eingegangen waren.«

Vor dem Arbeitsgericht zum Kreistagsbeschluß befragt, erklärte Dezernentin Ulonska am 15. Mai: »Ich interpretiere diesen so, daß hiermit lediglich eine Übernahmeverpflichtung für das technische Personal dokumentiert ist.« Für sie sei offensichtlich Recht, was sie selbst hinein interpretiert, stellen die beiden Kreistagsabgeordneten fest. Die Dezernentin sei »jedoch bestens über die Debatten im Kreistag zur Abgabe des Altenheimes Finow informiert und weiß, daß die Arbeitsplatzgarantie letztlich eine entscheidende Bedingung für die Zustimmung zum Kreistagsbeschluß war. Mit ihrer Interpretation setzt sich Frau Ulonska wissentlich über den Willen des Kreistages hinweg. Den Willen des Kreistages in dieser Sache vielleicht zu hinterfragen, wäre im Zusammenhang mit der Abgeordnetenfrage durchaus möglich gewesen, stattdessen wurde der Kreistag mit der gegebenen Antwort über die konkrete Situation im Rechtsstreit hinweggetäuscht.«

Die Kreisverwaltung engagiere sich dafür, daß Kerstin G. eine neue Arbeitsstelle bekommt, ist eine weitere Falschbehauptung des Landrats. Es liege sogar ein positives Ergebnis für die Beschäftigung bei einem freien Träger vor. »Richtig ist, daß das Job-Center eine Weiterqualifizierung von Frau Kerstin G. zur Altenpflegerin anbietet und auch bezahlt. Es handelt sich also nicht um eine – der bisherigen mindestens gleichwertigen – Arbeitsstelle bei einem freien Träger oder in der Kreisverwaltung. Der Landrat und die von ihm Beauftragten setzen alles daran, Kerstin G. loszuwerden. Lieber stellen sie Kerstin G. von der Arbeit frei, als daß sie ihr, sei es auch nur zeitweilig, eine andere Arbeitsstelle anbieten. Ehe sie dem eindeutigen Willen des Kreistages entsprechen, versuchen sie im Arbeitsgerichtsverfahren einer möglichen Niederlage durch Gerichtsentscheid zuvorzukommen, in dem sie der klagenden Frau Kerstin G. eine Abfindung anbieten. Aber selbst diese dokumentiert in ihrer Höhe, daß der gute Wille für eine gütliche Einigung fehlt.«

Aus Sicht von Albrecht Triller und Johannes Madeja ist die Lösung einfach: Weiterbeschäftigung von Kerstin G. Ihre Kreistagskollegen bitten sie zu prüfen, »ob nach Ihrer Meinung der Landrat einen vom Kreistag gefaßten Beschluß nach Buchstaben und Geist umgesetzt hat«, ob der Landrat »den Kreistag wahrheitsgemäß informiert hat« und »ob Falschaussagen und Abweichungen vom Beschluß hinnehmbar sind und welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind«.

Fünf Jahre Bürgerinitiative

Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Am 13.6.2008 fand im Aquamarin in Serwest die erste Protestversammlung gegen die geplante 380-kV-Freileitung durch das Biosphärenreservat statt. Unsere Bürgerinitiative (BI) kann also den fünften Jahrestag ihres Bestehens feiern. Da uns das Feiern nicht so liegt, es gibt ja auch noch andere Dinge als eine Freileitungsplanung, will ich kurz festhalten, was wir in diesen fünf spannenden Jahren erreicht haben und damit zugleich allen Unterstützern unseres Protests danken.

Es ist uns gelungen, die fragwürdige Planung und die Risiken, die mit der Freileitung verknüpft sind, in die öffentliche Diskussion einzuspeisen und als Thema auf die politische Agenda zu setzen.

Viele kommunale Parlamente (Angermünde, Eberswalde, die Ämter Britz-Chorin-Oderberg und Joachimsthal/Schorfheide) haben sich gegen die Realisierung der Freileitungsplanung ausgesprochen und gemeinsam die Gutachten finanziert, die sie in die Lage versetzt haben, im Planfeststellungsverfahren fundiert zu dem Vorhaben Stellung zu nehmen. Der Landkreis Barnim hat sich auch gegen die Freileitung ausgesprochen und an der Finanzierung der Gutachten beteiligt. Der BI ist es gelungen, mehr als 2.000 Unterschriften für unseren Protest zu sammeln und im Planfeststellungsverfahren über 1.300 Einwendungen von Betroffenen zu mobilisieren.

Die Landesregierung hat sich die seinerzeit von der BI entwickelte Position, für die 380-kV-Leitung die Möglichkeit zur Erdverkabelung zu eröffnen, indem diese Trasse als Pilotprojekt in das EnLAG aufgenommen wird, zwar zu eigen gemacht, konnte sich aber damit leider nicht im Bundesrat durchsetzen.

Die BI hat, gestützt auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags, mehrfach bei den Koalitionsparteien angeregt, das EnLAG vom Bundesverfassungsgericht auf seine Verfassungskonformität überprüfen zu lassen, um Rechtssicherheit herzustellen. Dies wurde von der Landesregierung abgelehnt.

Die von der BI geforderte Verabschiedung eines Brandenburgischen Erdkabelgesetzes liegt derzeit im Landtag auf Eis. Der Gesetzes-

entwurf von Grünen und FDP hat es aber immerhin bis zur Beratung in den Ausschüssen geschafft. Die Bundesgesetzgebung (NABEG usw.) und die Erstellung des Bundesnetzentwicklungsplans hat hier zu einer Stagnation des Gesetzgebungsverfahrens geführt. Wir werden den Landtag bei Gelegenheit daran erinnern, das Gesetzgebungsvorhaben wieder aufzugreifen.

Die BI hat sich in den zurückliegenden Jahren ein beachtliches Prestige in der Öffentlichkeit erarbeitet. Unser Medienecho ist ausgesprochen positiv und die BI gilt beim Wirtschaftsministerium und auch bei 50 Hertz als kompetenter Gesprächspartner.

Daß 50 Hertz sich von unseren Argumenten wenig berührt zeigt, steht auf einem anderen Blatt. Der Firma ist aber klar, daß die Stimme der BI in der Öffentlichkeit ein erhebliches Gewicht hat.

Wir rechnen für diesen Herbst oder Winter mit einem Planfeststellungsbeschluß, den wir nach gründlicher Prüfung durch unseren Rechtsanwalt Heinz vor dem Bundesverwaltungsgericht beklagen werden.

Die dazu erforderlichen sachlich-fachlichen Stellungnahmen sind im Frühjahr 2013 aktualisiert worden, so daß wir handlungsfähig sind. Auch die Finanzierung unserer Klage ist dank der Zusagen wichtiger Unternehmen in der Region weitgehend gesichert.

Ich danke allen Akteuren und rechne weiterhin mit Ihrer Unterstützung, denn der Konflikt wird uns noch ein bis zwei Jahre beschäftigen.

Nicht über unsere Köpfe!

HARTMUT LINDNER

Beschleunigte Rechtsprechung

Im seit dem Frühjahr 2012 anhängigen Rechtsstreit über die Thüringer Strombrücke wurde die mündliche Verhandlung auf den 18.7.2013 terminiert.

Kurz nach der Veröffentlichung des Planfeststellungsbeschlusses für die 380-kV-Freileitung von Vieselbach nach Altenfeld (Thüringer Strombrücke) wurde auf Initiative der örtlichen Bürgerinitiativen von einer Gemeinde und einer betroffenen Privatperson vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen den Planfeststellungsbeschluß geklagt.

Die Thüringer Strombrücke ist – wie die »Uckermarkleitung« – im Katalog der beschleunigt zu realisierenden Leitungsausbauvorhaben des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) aufgeführt, gegen die nur vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt werden kann. Die Verkürzung des Rechtswegs soll zur Beschleunigung des Netzausbaus beitragen.

Bereits im Mai 2012 wurde vom Bundesverwaltungsgericht der beantragte Baustopp abgelehnt, so daß 50 Hertz inzwischen mit ersten Baumaßnahmen beginnen konnte. Nun, ein gutes Jahr später, hat das Gericht einen ersten mündlichen Verhandlungstermin festgesetzt.

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat« wird den Prozeß in Leipzig genau beobachten und daraus weitere Schlüsse für die einzuschlagende Prozeßstrategie ziehen für den Fall, daß durch das Landesbergamt doch noch eine Plangenehmigung für die 380-kV-Freileitung durch das Biosphärenreservat, die Stadt Eberswalde und den Naturpark Barnim ergehen sollte.

Die Präsenz von vielen Freileitungsgegnern aus dem Barnim und der Uckermark am 18.7.2013 im Gerichtssaal wird auch ein Zeichen der Solidarität mit dem Freileitungspötest in Thüringen sein.

Interessierte melden sich bitte bei der BI über eMail: Hart.Lindner@gmx.de

Nicht über unsere Köpfe!

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Die Uckermark im Bundestag

In diesen Tagen fanden alle Abgeordnete des Deutschen Bundestages einen Brief aus der Uckermark in ihrem Postfach. Die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE) wirbt im Bundestag mit dem Urlaubskatalog 2013 »Ferien in der Uckermark« und einem persönlichen Anschreiben aus aktuellem Anlaß für ihre Heimatregion. Die Uckermark gewann nämlich kürzlich den ersten Preis im Bundeswettbewerb »Nachhaltige Tourismusregionen Deutschlands 2012/2013«. Die Entscheidung, konsequent auf Naturtourismus zu setzen und somit die einzigartige Landschaft in den Mittelpunkt zu stellen, war nach Meinung von Sabine Stüber nicht nur mutig, sondern auch richtig. »Der Platz 1 im Wettbewerb um Nach-

haltigkeit im Tourismus ist eine wunderbare Anerkennung für diese Entscheidung und die jahrelangen Bemühungen der Region, das Konzept erfolgreich umzusetzen«, meint Sabine Stüber. »Indem ich alle Abgeordnete anspreche, kann ich bundesweit für die Uckermark werben, die sich mit dem Preis als nachhaltigste Tourismusregion in Deutschland gegen Mitbewerber wie das Allgäu oder den Bayerischen Wald durchgesetzt hat. Damit hatte niemand gerechnet, und so ist die Überraschung perfekt. Die Aufmerksamkeit ist jetzt eine ganz andere, wenn die Uckermark im Zusammenhang mit Urlaub und Freizeit genannt wird. Außerdem sind Menschen neugierig, das gilt auch für Abgeordnete. Darauf baue ich und auch ein wenig auf den Dominoeffekt.« CINDY PANZER



Mitgliederentscheid

Welches politische Projekt ist mir so wichtig, daß ich es im Fall einer Grünen Regierungsbeteiligung als erstes anpacken würde? Welche Themen sollen im Wahlkampf besonders betont werden? Vor diesen Fragen standen am 8. und 9. Juni die mehr als 60.000 Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen beim bundesweiten Mitgliederentscheid.



Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender der Bündnisgrünen im Brandenburger Landtag, bei der Stimmabgabe.

Die Barnimer Bündnisgrünen trafen sich in Eberswalde zu ihrem Wahlkonvent. Insgesamt standen 58 Schlüsselprojekte aus dem Bundeswahlprogramm zur Auswahl. Nach der Auszählung der Stimmen gab es sieben deutliche Favoriten: eine Garantierende gegen Altersarmut, die Beschränkung von Rüstungsexporten, die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin durch die Einführung einer Bürgerversicherung, Kohleausstieg bis 2030, mehr Tierschutz in der Landwirtschaft, eine bessere Förderung von Bahn und Nahverkehr sowie die Bewahrung des Naturerbes.

Mitbestimmung und Basisdemokratie gehören seit der Gründung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unseren wichtigsten Prinzipien. Wir sind die einzige Partei, in der alle Mitglieder per Urwahl das Spitzenduo zur Bundestagswahl gewählt haben. Mit dem Mitgliederentscheid über die politische Agenda gehen wir diesen Weg konsequent weiter.

ELKE ROSCH, Sprecherin des Kreisverbandes

Adoptionsvermittlungsstelle

Oranienburg (prest-bar). Die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle der Landkreise Oberhavel, Uckermark, Märkisch Oderland und Barnim nimmt zum 1. Juli 2013 ihre Arbeit auf. Der Sitz der Vermittlungsstelle wird beim Landkreis Oberhavel in Oranienburg sein. (Fachbereich Jugend, Adolf-Dechert-Str. 1, 16515 Oranienburg, Telefon: 03301/601437, eMail: uta.knapp@oberhavel.de oder Telefon: 03301/601448, Mail: petra.menzfeld@oberhavel.de, Fax: 03301/601410).

Theoriezeitschrift *Krisis* in neuem Format

Als Mitte der 1980er Jahre das Krisis-Projekt aus der Taufe gehoben wurde – damals noch unter dem Namen Marxistische Kritik – war das digitale Zeitalter erst im Anbruch begriffen. Die erste Ausgabe der neuen Zeitschrift, in der die These entwickelt wurde, die massenhafte Verdrängung lebendiger Arbeit aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß im Gefolge der Dritten Industriellen Revolution müsse das System der Wertverwertung in eine fundamentale Krise stürzen, entstand noch auf mechanischen Schreibmaschinen.

Schon seit 1996 dokumentiert unsere (mehrfach umgestaltete) Homepage die meisten Krisis-Beiträge sowie andere Texte aus dem engeren und weiteren Umfeld der Krisis und kündigt Veranstaltungen an (www.krisis.org). Das Herzstück des Projekts, die Zeitschrift *Krisis*, die den eigentlichen Theoriebildungsprozeß dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich macht, ist ein Geschöpf des Gutenberg-Universums geblieben.

Das Festhalten an der vertrauten Publikationsform ist jedoch zunehmend mit erheblichen Nachteilen verbunden. Zunächst einmal haben sich im Laufe der Jahre die Lesegewohnheiten entscheidend verändert. Vor allem das jüngere, mit den elektronischen Medien groß gewordene Publikum liest in erster Linie Texte, die über das Internet zugänglich sind, und greift nur recht zögerlich zur klassischen Theoriezeitschrift, die den Charakter gedruckter Aufsatzsammlungen hat. Damit entgehen ihm aber ausgerechnet die theoretischen Schlüsseltexte der Krisis-Theoriebildung. Das ist besonders unbefriedigend, da unsere Homepage kontinuierlich sehr gut besucht wird. Die täglichen Zugriffe zwischen 500 und 1500 BesucherInnen entsprechen im Durchschnitt ungefähr den seit Jahren wenig veränderten Verkaufszahlen einer Druckausgabe der *Krisis*.

Auch der wertkritische Theoriebildungsprozeß selbst hat längst ein Stadium erreicht, in dem sich die Frage stellt, ob es nicht weit geeignetere Präsentationsformen für unsere Inhalte gibt. Vor allem eine bestimmte Veränderung ist in diesem Zusammenhang maßgebend: Bis tief in die 1990er Jahre hinein war die *Krisis*-Gruppe noch damit beschäftigt, sich aus dem traditionellen Marxismus zu lösen und die Grundlagen des neuen gesellschaftskritischen Paradigmas zu legen.

Die Tradition des »esoterischen Marx« (Roman Rosdolsky) aufnehmend, haben wir herausgearbeitet, warum Gesellschaftskritik auf der Höhe der Zeit eine radikale Kritik der grundlegenden kapitalistischen Formprinzipien Wert, Arbeit und Recht zur Grundlage haben muß, statt diese – wie der klassische Marxismus – als positiven Bezugsrahmen des eigenen Denkens blind vorauszusetzen. In dem Maße jedoch, wie diese Grundlagen gelegt wurden, entstand eine in der Anfangsphase des Projekts noch unbekannte Darstellungsschwierigkeit. Die jüngeren Beiträge, die bereits auf dem Boden des wertkritischen Ansatzes argumentieren, beziehen sich auf Voraussetzungen und Begrifflichkeiten, die vielen neu hinzukommenden Leserinnen und Lesern noch nicht oder nur partiell vertraut sind.

Aus diesen Gründen haben wir uns dazu entschlossen, ab sofort die *Krisis* in einem neuen Online-Format zu veröffentlichen. Damit wollen wir nicht nur alle Beiträge direkt nach ihrem Erscheinen allgemein und umsonst zugänglich machen, sondern vor allem auch die mit einer Internet-Publikation verbundenen Möglichkeiten nutzen, um den Theoriebildungsprozeß offener und flüssiger zu gestalten. Insofern stellt das neue Format nicht einfach nur eine elektronische Reproduktion der bisherigen Druckversion dar, sondern ist mit einer grundlegenden Neustrukturierung der Publikationsweise verbunden.

Der erste Unterschied zur Printversion besteht darin, daß jeder Artikel für sich als eigene Publikation innerhalb der Reihe *Krisis*-Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft veröffentlicht wird. Jeder dieser Beiträge wird genauso gründlich lektoriert und redaktionell bearbeitet wie die bisherigen Artikel der *Krisis* und erscheint in einem einheitlichen, klar definierten Drucklayout im PDF-Format. Dadurch ist nicht nur gewährleistet, daß die Texte in einer gut lesbaren Form ausgedruckt und bei Bedarf auch gebunden werden können, sondern vor allem auch, daß die übliche Zitierfähigkeit mit AutorIn, Herausgeber, Erscheinungsdatum und Seitenzahlen erhalten bleibt. Auf Wunsch erhalten unsere Mitglieder übrigens jeden Beitrag auch von der Redaktion in einer gedruckten und gebundenen Ausgabe zugesandt. Außerdem wollen wir in nächster Zukunft die Texte auch im eBook-Format anbieten.

Der Vorteil dieser flexibleren Publikationsweise besteht darin, daß jeder Text erscheinen kann, ohne auf die Komplettierung einer ganzen Nummer zu warten. Dadurch wird es möglich, die verschiedenen theoretischen Schwerpunkte fortlaufend auszuarbeiten.

Die Freischaltung der neuen Homepage verbinden wir mit der gleichzeitigen Publikation von drei Beiträgen aus der neuen /*Krisis*/-Reihe, darunter zwei Beiträge zur Krisentheorie (von Peter Samol und Ernst Lohoff) und einer zum Verhältnis von gesellschaftlicher Form und abstrakter Individualität (von Julian Bierwirth).

Zu sagen bleibt noch, daß wir auch weiterhin auf eure finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Denn auch wenn wir jetzt alle Texte umsonst anbieten, ist ihre Erstellung für uns doch leider nicht kostenlos. Vielmehr wird die neue Publikationsform redaktionell und publizistisch einen eher höheren Aufwand als bisher bedeuten. Ohne eure Beiträge und Spenden können wir den nicht leisten.

Die Krisis-Redaktion (gekürzt)

Preiswerter Schwimmen

Seit Anfang Mai können Familien das Schwimmbad und den Wellnessbereich im SportForum Bernau preiswerter als bisher nutzen – immer samstags von 10 bis 12 Uhr in der sogenannten Familienzeit. Das kostet eine Familie mit zwei Kindern jetzt 21 Euro gegenüber 38 Euro zuvor.

Angeregt hatte diese Preisveränderung die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann bei einem Besuch des SportForums. Bei der Abgeordneten waren zuvor mehrere Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern eingegangen, die die entsprechenden Angebote gerade für Familien gern nutzen wollten, die geforderten Preise aber kaum bezahlen konnten.

Bei ihrem Rundgang durch die Anlage hatte SportForum-Geschäftsführer Matthias Paul Enkelmann weiter berichtet, daß das Schwimmbad – entgegen der Voraussagen – gut ausgelastet sei und auch das Kurssystem gut angenommen werde. Weitere Informationen unter www.sportforum-bernaue.de

BÄRBEL MIERAU

Wohin fährt der Bus?

Um die weitere Entwicklung des Busverkehrs in Bernau und Panketal geht es in der nächsten thematischen Sitzung der Bernauer Stadtfraktion DIE LINKE am Mittwoch, dem 26. Juni, um 18 Uhr. Dazu lädt die Fraktionsvorsitzende, Dr. Dagmar Enkelmann, interessierte Bürgerinnen und Bürger in die Bernauer Räumlichkeiten der Barnimer Busgesellschaft, Carl-Friedrich-Benz-Str. 1, (Rehberge) ein.

Schwerpunkt der Debatte ist die Optimierung des Busverkehrs im Stadtgebiet Bernau und in Panketal, darunter die Linienführung der Busse nach Beendigung der Bauarbeiten in der Weißenseer Straße sowie die Inbetriebnahme der Bushaltestelle in der Bernauer Allee in Schönow. Als Gesprächspartner sind der Dezernent für kreisliche Entwicklung, Carsten Bockhardt, der Geschäftsführer der Barnimer Busgesellschaft, Frank Wruck, der Bernauer Bürgermeister Hubert Handke sowie der Panketaler Bürgermeister Rainer Fornell eingeladen.

BÄRBEL MIERAU

Beim vierten Mal verfolgte ihn das Pech

Am 8. Juni, zur Eröffnung des Radweges von Buckow nach Altenhof, war er noch frohen Mutes. Sechzig Teilnehmer unter den 14.000 Startern beim Berlin-Velothon trugen das Trikot der sozialistischen Tageszeitung »nd«, unter ihnen als ältester mit 79 Jahren zum vierten Mal dabei – Martin Ruhtz aus Friedrichswalde. Im vorigen Jahr hatte er die 60 km in 2:28 h bewältigt, in diesem Jahr zwang ihn ein Defekt zur vorzeitigen Aufgabe. Ich traf Martin manchmal bei massensportlichen Radtouren, bestaunte seinen Tatendrang. Diesmal wurde er nicht belohnt.

Von den ca. 50 Radlern wurde der neue Radweg erstmals befahren. Einige Steigungen wurden durch die Abfahrten ausgeglichen. Nur schade, daß der Radweg dort endet, wo es ver-



kehrsmäßig schwierig wird – an der Serpentine nach Altenhof. Auf jeden Fall müßte vor der Einmündung des Radweges in die Straße die Geschwindigkeit begrenzt werden, denn die Sicht nach links ist durch die Bäume eingeschränkt.

KURT BERUS

ver.di Literaturpreis 2013

Bereits zum zehnten Mal wird der ver.di Literaturpreis Berlin-Brandenburg ausgeschrieben, in diesem Jahr für Belletristik. Eingereicht werden können veröffentlichte Werke zeitgenössischer deutschsprachiger Literatur in Buchform, die innerhalb der letzten drei Jahre erschienen sind (Erstauflage) und die nicht durch die Autorin/den Autor (mit)finanziert wurden. Für die Bewerbung sind drei Exemplare einzureichen, die nicht zurückgesandt werden. Die Autorin/der Autor muß seinen Hauptwohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Einsendeschluß ist der 31. August 2013. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Über die Vergabe entscheidet eine Jury aus drei Juroren, deren Entscheidung nicht anfechtbar ist. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Bewerbungen erfolgen formlos und können von Autorinnen/Autoren, Verlagen, literarischen Vereinen etc. eingereicht werden. Sie sind zu senden an: ver.di, FB 8 (Fachbereich Medien, Kunst und Industrie), Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

ANKE JONAS,

zuständige ver.di-Fachbereichssekretärin

Auf ein Wort, Frau Bundeskanzlerin

Angela, Deutschlands Powerfrau,
ist zweifelsohne ziemlich schlau,
weiß sich ins rechte Licht zu stellen
und mit den Männern mitzubellen.

Gekleidet ist sie nicht so flott,
das liegt wohl an der FDJ,
wo einstmals sie, vor Tag und Jahr,
geschätzte Sekretärin war.

Doch was Karl Marx ihr eingetrichtert,
das sieht sie heute leicht ernüchert.
Kein Wendehals nimmt ihr das übel,
Karl Marx liegt ja im Abfallkübel.

Was bei Herrn Marx vortrefflich lief,
geht bei Frau Merkel öfters schief,
denn sie düpiert durch ihren Schwenker
den Philosophen, Freund und Denker.

Doch eines muß man ihr schon lassen
und resümiert zusammenfassen:
Sie ist ein Fan des Fußballsports
und das beweist sie allerorts.

Wenn unsre Nationalelf kickt,
ist sie begeistert und beglückt.
Mit Leidenschaft und Vehemenz
zeigt sie in Stadien gern Präsenz.

Das alles spricht sehr wohl für sie.
Das ist geballte Energie!
Und es macht klar: Sie ist der Mann,
der unsern Staat gut führen kann.

Angela, Frontfrau von Format
und erster Ansprechpunkt im Staat:
Wir haben Hoffnung ohne Ende,
mit oder ohne neuer »Wende«!

HORST EWALD 9

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di trauern um unseren viel zu früh verstorbenen Kollegen

Bodo Koch

Als langjähriges ver.di-Mitglied, stellvertretender Vorsitzende des ver.di-Erwerbslosenausschusses, stellvertretendes Mitglied im ver.di-Landesbezirkserwerbslosenausschuß Berlin-Brandenburg und ehrenamtlich engagierter Gewerkschafter im DGB-Kreisverband Uckermark setzte sich Bodo Koch für die Rechte der arbeitenden Menschen sowie der vielen von Arbeitslosigkeit bedrohten und betroffenen Kollegen ein und stritt für eine humane Arbeitswelt und sozial gerechtere Gesellschaft.

In tiefer Dankbarkeit!



Heidi Knolle, Vorstandsvorsitzende
ver.di-Bezirk Uckermark-Barnim

Carsten Zinn, Vorsitzender
ver.di Erwerbslosenausschuß Uckermark-Barnim



Olaf Himmel, Vorsitzender
DGB-Region Ostbrandenburg

Marianne Wendt, Vorsitzende
DGB-Kreisverband Uckermark

Die Gedanken der Bienen

An der Drehnitzwiese ist die Zeit der Buschwindröschen vorüber. Die grünen Blätter sind welk geworden und bald ganz verschwunden. So lebt das kleine Blümchen nur ein paar Wochen von März bis Juni.

Anders sieht das bei größeren Pflanzen aus: Sie bleiben dauerhaft über dem Boden und werden bis zu 25 Jahre alt, wie z.B. der Apfelbaum. Oder unsere Wald-Kiefer: Sie kann bis zu 600 Jahre alt werden. Besondere Arten in Amerika sogar 5.000 Jahre. Was ist da schon ein Menschenleben, das, wenn es gut geht, 90 Jahre andauert?



Viele unserer Mitgeschöpfe werden längst nicht so alt. Der Regenwurm lebt maximal 8 Jahre – wenn ihn kein Maulwurf frißt. Die fleißigen Bienen-Arbeiterinnen leben nur einen Sommer, während die Bienenkönigin auf mehrere Jahre kommt.

Die Bienenmännchen, die Drohnen, sind gar nur von Mai bis Juni vorhanden. Sie beteiligen sich weder an der Arbeit noch an der Futtersuche, ja, sie sind nicht einmal in der Lage, selbst für ihr Essen zu sorgen. Die begattungsfähigen Drohnen haben nur eins im Sinn: nach jungen Bienen-Königinnen zu suchen, mit denen sie kopulieren können. Der Paarungsakt findet im Flug statt, und, ist er vorbei, fällt das Geschlechtsteil samt Drohne von der Königin ab und das Männchen stirbt.

Wie man sieht, ist den Drohnen kein langes Leben beschieden: Einmal zum Schuß kommen, und das war's dann! Die Drohnen, die übrig bleiben, also keine Königin abbekommen, werden irgendwann nicht mehr nach Hause in den Bienenstock gelassen und müssen elendig an Hunger sterben.

Ein paar unserer Mitgeschöpfe leben noch kürzer, nur wenige Stunden: die Bakterien. Wir haben sie in uns, besonders im Darm, und nicht nur ein paar: Es sind Billionen davon, in 1000 verschiedenen Arten! Ohne sie könnten wir unsere Nahrung nicht verdauen, und auch nicht wieder ordentlich »entsorgen«. Selbst unsere roten Blutkörperchen, die Erythrozyten, sind Methusalems dagegen: sie werden im Schnitt 120 Tage alt.

Spitzenreiter in Sachen Schnellebigkeit sind aber unsere Gedanken: Sie existieren oft nur wenige Sekunden ... und, hast du's nicht gesehen, sind sie verschwunden. Um manche Gedanken ist es allerdings nicht schade, wenn man sie wieder vergißt. Überhaupt: Würden wir alles korrekt abspeichern, was uns so widerfährt, bräuchten wir ein Gehirn so groß wie der Mount Everest. Und mit so einem Ding kann man nun mal schlecht laufen ...

JÜRGEN GRAMZOW

Altanschießer:

Eine wunderbare Geldquelle?

... nicht, wenn wir uns unserer Macht bewußt werden (Teil 1)

von Johannes Madeja

Altanschießerbeiträge – ein Modewort? Es könnte zum Unwort des Jahres 2013 werden. Für viele Menschen im Land ist das Wort neu. Das ist es aber nicht.

Es war bereits im Jahr 2000. Die Landesregierung unter Führung des Herrn Dr. Stolpe hatte begonnen zu begreifen, daß die Politik der flächendeckenden Kanalerschließung des dünn besiedelten Landes ein Irrweg war. Das wollte sie jedoch nicht zugeben. Und umkehren wollte sie schon gar nicht! Inzwischen waren im Ergebnis dieser Politik (Stolpe: »die Grenze zur Kriminalität ist überschritten«) von den Aufgabenträgern Kredite in dreistelliger Millionenhöhe zu bedienen – eine nicht lösbare Aufgabe. Das Land hatte jedoch für diese sogenannten Kommunalkredite gebürgt. Es mußten Sonderfonds gebildet werden: Schuldenmanagementfonds und Liquiditätssicherungsfonds, deren einzige Aufgabe es war, die Banken ruhig zu stellen.

Am 08.06.2000 (AZ: 2 D 29/98) entschied das OVG Brandenburg plötzlich, daß der § 8, Abs 7 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) eng auszulegen ist. Mit der Entscheidung vom 12.04.2000 (AZ: 2 D 73/00) hatte das gleiche Gericht nämlich (erschrocken) feststellen müssen, daß aufgrund der geltenden Gesetzeslage eine Heranziehung von Altanschießern zu Anschlußbeiträgen wegen der eingetretenen Verjährung nicht mehr möglich ist.

Nun war guter Rat teuer. Aber wenn es darum geht, den Bürgern Geld aus der Tasche zu ziehen, dann sind Regierungen, insbesondere die Landesregierung Brandenburg, erfindend. Grundidee ist die rückwirkende Änderung des KAG. Die bringt aber zunächst nichts – einfach wegen der längst eingetretenen Verjährung. Das ist sehr sehr ärgerlich, es drohen »Einnahmeverluste«. Die rückwirkende Änderung des KAG hätte verfassungsrechtlich nur dann Bestand, wenn zwingende Belange des Allgemeinwohls vorliegen. Das muß doch zu machen sein! So dachte die Landesregierung!

Um die »beträchtlichen Einnahmeverluste« der Aufgabenträger nachzuweisen, wurden nun flugs der Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft und der Städte- und Gemeindebund in die Spur geschickt. Diese »Allianz« ist höchst interessant. Sie ließ sich einen Fragebogen einfallen, der Zahlenmaterial liefern sollte, wonach für die Aufgabenträger aufgrund der bestehenden Gesetzeslage beträchtliche Einnahmeverluste zu verzeichnen sind. Diese Aufgabe wurde mit Bravour gelöst. Es ging ja darum, immense Kredite zu bedienen und immer neue Kanäle zu buddeln, um auch noch kleinste Dörfer und entlegenste Siedlungen an den Abwasserkanal zu bringen. Dafür wird viel Geld gebraucht und jeder Bürger hat zu lähnen, Ausreißer darf es nicht geben!

Die Landesregierung hat sich das nun so gedacht, daß die Initiative für eine Gesetzesänderung von den Gemeinden ausgeht. Dann kann sie die »Forderung der Bürger« gesetzlich fest schreiben. Diese Idee hat sich aber offenbar nicht realisieren lassen, einfach weil die Gemeinden gerochen haben, daß sie hier elegant »vor's Loch« geschoben werden sollten.

Die Materie gilt als schwierig. Die politischen Parteien können damit keine Lorbeeren ernten. Sie haben hier ja alle durchweg versagt. Solange »nur« Zinsen fällig wurden und die Bürger die ständigen Gebührenerhöhungen widerstandslos schluckten, konnten Aufgabenträger und Landesregierung das Problem vor sich herschieben. Aber »aussitzen« ist keine Lösung, zumal keine Dauerlösung. Die wird aber immer dringender. Das Schuldenloch wurde nicht kleiner. Inzwischen wurden auch Tilgungsraten fällig. Die EU-Mittel für neue Vorhaben wurden immer knapper und dann gibt es ja auch noch die anhaltende Landflucht, vornehmer umschrieben als »demographischer Wandel«. Nach 2002 war es um die Altanschießer zunächst etwas ruhig geworden. Das Thema paßte weder der Landesregierung noch den Parteien so recht ins Konzept. Schließlich war das Jahr 2008 erreicht. Schulden und Geldmangel hatten eine neue Dimension erreicht. Es galt, hinsichtlich der Altanschießerbeiträge einen neuen Versuch zu starten.

Die Wasserpolitik der Landeregierung gilt, inzwischen allgemein anerkannt, als verfehlt und gescheitert. Die von ihr beschworenen Geister wird sie aber – wie weiland der Zauberlehrling – nicht los. Die Banken stehen auf der Matte und wollen Geld! Es wird immer schwieriger, den Bürgern neue Kanäle als Fortschritt zu verkaufen, insbesondere weil die gemerkt haben, daß das Wasser immer teurer wird, je mehr angeschlossen sind, je länger die Kanäle werden. Es hat sich auch herumgesprochen, daß Klärwerke – viele sind zu groß – und Kanalnetze – sie sind alle undicht – zu den landesweit größten Umweltverschmutzern gehören und daß dezentrale Wasseraufbereitungsanlagen den Großklärwerken auf dem Land in fast allen Belangen überlegen sind. Die Forderung nach einem Paradigmenwechsel – weg vom »Kanal« – ist nicht totzukriegen!

Das sind aber Argumente, die bei vielen Bürgern noch nicht angekommen sind. Dazu gehören vor allen Dingen diejenigen, die ihr Abwasser bequem loswerden wollen. Viele von den Bequemeren wollen es natürlich auch billig loswerden. Damit sind wir wieder bei Beiträgen und Gebühren.

Solar-Straßenbeleuchtung in Finowfurt

Am Floßplatz in Finowfurt testet die Gemeinde derzeit eine Solar-Straßenleuchte. Innerhalb von nur zwei Stunden konnte eine vollwertige Platzbeleuchtung geschaffen werden. Die kurze Errichtungszeit wurde durch die Verwendung eines Krinner-Schraubfundamentes und den Wegfall der sonst notwendigen Erd- und Kabelarbeiten möglich.

»Die Solar-LED-Straßenleuchte erfüllt alle relevanten Vorschriften«, so Harald Fiebig von der bauausführenden Firma LKS aus Eberswalde. Zudem erzeugt sie keine »Lichtverschmutzung« durch Lichtlenkung und sie erzielt besseres, farbgetreues Nachtsehen. Durch den senkrechten »Solarfänger« kann maximale Licht-

ausbeute gewährleistet werden, weil kein Schnee und Schmutz diese beeinträchtigen kann. Die Lampe ist vom Typ »Tower Sun« und kostet mit Aufbau 3.492,66 Euro. Sie hat eine Leistung von 60 Watt und die Nutzungsdauer der Lampe (HELLA-Leuchtkopf) ist mit zwölf Jahren angegeben. Der leistungsfähige Akku gewährt ohne Nachladung 68 Stunden (etwa fünf Nächte) volle Beleuchtungssicherheit. »Wenn sich die Lampe bewährt, soll eine weitere in der Hauptstraße in Finowfurt aufgestellt werden, um einen Bereich, wo die Schüler die Straße queren, besser auszuleuchten.«, so Manuela Brandt, Bauamtsleiterin der Gemeinde Schorfheide.

CHRISTINE SCHINK

18. Barnimer Umweltpreis

Der 18. Barnimer Umweltpreis ist erneut mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro dotiert. Das Geld spenden bündnisgrüne Vertreter in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Auch begründete Preisvorschläge sind möglich. Die Umweltprojekte oder -initiativen sollten im Landkreis Barnim angesiedelt

sein und möglichst anschaulich dargestellt werden. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 28. Juni im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

Im Jahr 2012 gingen die Preise an die Initiative Gruppe Gemeinschaftsgarten Eberswalde, das Organisationsteam des Tags der Sortenvielfalt und die Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland des Verbands Die Naturfreunde.

STEFAN BÖHMER

Schweinemast in Haßleben ist ein Irrweg

Die bevorstehende Genehmigung der Wiederinbetriebnahme der Schweinemastanlage Haßleben mag den gesetzlichen Ansprüchen genügen – für die nachhaltige Entwicklung der Uckermark führt sie in eine Sackgasse.

Eine solche Anlage schafft keine regionalen Wirtschaftskreisläufe und keine Wertschöpfung in der Region. Die Tiere, hierbei besonders die Ferkel, werden quer durch Europa zur weiteren Verwertung transportiert und das Futter muß aus anderen Regionen oder sogar Erdteilen zugekauft werden.

Auch die erhofften neuen Arbeitsplätze stehen in keinem Verhältnis zur Tierzahl. Die

Umweltbelastungen aber werden dem Image der Uckermark schaden, welche erst vor kurzem eine hohe Wertschätzung als Tourismusregion erfahren hat.

Gegen die Abwanderung von jungen Menschen helfen solche Megaprojekte nicht. Viel tragbarer und zukunftsweisend sind klein- und mittelständische Verarbeitungsbetriebe wie z.B. Hemme-Milch in Schmargendorf sowie kulturelle und touristische, untereinander vernetzte Angebote. Eine zukünftige Schweinemastanlage Haßleben wird kein Aushängeschild der Landwirtschaft in Brandenburg sein.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Übernutzung der Wälder verhindern

Strausberg (bbp). In Strausberg fand am 21. Juni die Konferenz der Bioenergie-Region Märkisch-Oderland »Energieholznutzung und Naturschutz« statt. Die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm hielt das Eingangskonferenzreferat zum Thema »Nachhaltige Waldnutzung und Naturschutz«.

»Wir Bündnisgrüne wollen eine naturnahe Bewirtschaftung der Wälder. Vitale Wälder müssen sich natürlich verjüngen können,« sagte Behm, die Sprecherin für Waldpolitik ihrer Fraktion ist. »Die daraus entstehenden Misch- und Dauer-

wälder haben auch aus Sicht des Waldnaturschutzes eine höhere Qualität als die gepflanzten Altersklassenwälder aus Kiefer, die wir in Brandenburg immer noch auf 80 Prozent der Fläche finden«, so Behm. »Infolge der deutlich gestiegenen Nachfrage nach Holz darf es nicht zu einer Übernutzung der Wälder kommen. Das wäre nicht nur für den Naturschutz kontraproduktiv. Deshalb brauchen wir gesetzliche Mindeststandards für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, aber gleichzeitig auch einen rechtlichen Rahmen für mehr Effizienz in der Holznutzung.«

Lebensgrundlage erhalten

Der 22. Mai ist der »Internationale Tag der Biologischen Vielfalt« und zwei Wochen danach, am 5. Juni, »Weltumwelttag«. Die Erfordernisse des Natur- und Artenschutzes haben ein zu geringes politisches Gewicht und die Brisanz der Problematik geht weiterhin im politischen Alltag unter. Der Tag der Biologischen Vielfalt soll mahnen, daß darin unsere Lebensgrundlage liegt und die Daseinsvorsorge eine grundsätzliche staatliche Aufgabe ist.

Der Weltumwelttag geht auf den ersten Umweltgipfel der Vereinten Nationen am 5. Juni 1972 in Stockholm zurück. Dieser gilt als der Beginn einer globalen Umweltpolitik. Unter dessen beteiligen sich rund 150 Staaten an diesem internationalen Aktionstag für die Umwelt. Für 2013 lautete das Motto: »Think.Eat.Save. Reduce Your Foodprint«. Dabei geht es um einen bewußteren Lebensmittelkonsum und die Schonung unserer natürlichen Ressourcen mit dem Ziel, unseren »Ökologischen Fußabdruck« zu verkleinern.

Der Weltumwelttag ist für mich einer der wichtigsten »Denk-Tage« im Jahr, an dem es immer um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen geht. Während weltweit immer noch jeden Tag mehr als 20.000 Menschen verhungern, landen in den Industrieländern jährlich etwa 222 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. Dieses enorme Ungleichgewicht ist nicht nur ein Riesenskanal, sondern auch ein Riesenskandal.

Wir müssen aufhören, an dem Ast zu sägen, auf dem wir sitzen. Doch dazu muß sich an unseren Lebensgewohnheiten einiges ändern. Mangel werden wir dadurch nicht leiden, oft ist es nur eine Frage der Bequemlichkeit. Im Supermarkt ist alles da, nur oft kaum Produkte aus der Region. Sehen, woher die Lebensmittel kommen, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wertschätzung unseres Essens und den bewußten Umgang damit. Ich kenne viele Menschen in Brandenburg, die darauf immer mehr achten.

Auf die Herkunft der Lebensmittel zu achten, hat auch viel mit der Biologischen Vielfalt zu tun. Wiesen und Weiden sind als artenreiches Grünland durch europäisches Recht streng geschützt, denn sie sind der Lebensraum für Wiesenbrüter und für etwa 50 Prozent aller in Deutschland vorkommenden Pflanzenarten. Nichtsdestotrotz geht der Anteil an artenreichem Grünland auch in Deutschland weiter zurück. Gründe dafür sind die zunehmende Intensivierung der Landnutzung und schlechte Erzeugerpreise für Milch und Rindfleisch.

Wir wollen uns nicht einfach damit abfinden, daß für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen immer weniger Geld da ist, während es für Kriegsgerät jederzeit reicht. Wie beispielsweise jetzt wieder mit der Aufklärungsdrohne aus den USA, wo hunderte Millionen Euro von der Bundesregierung in den Sand gesetzt werden.

SABINE STÜBER

Vor 60 Jahren:

Zwischen »Neuer Kurs« und 17. Juni (I)

von Rolf Richter

Während des Koreakrieges (1950/53) gerieten mehrere osteuropäische Staaten und die DDR in eine ökonomische und gesamtgesellschaftliche Krise. In der DDR waren daran mehrere objektive Faktoren beteiligt, die insgesamt die Möglichkeiten der Wirtschaft überforderten:

- **Kriegsfolgen (Reparationen an die UdSSR: 2.000 Betriebe und Rückkauf der sowjetischen Anteile an den SAG-Betrieben),**
- **Disproportionen als Teilungsfolgen und westliches Stahlbargo zwangen zu raschem Aufbau einer Metallurgie- und Schwerindustrie,**
- **Kalter Krieg, vor allem westdeutsche Wiederbewaffnung ab Mitte 1952 (Zwang zur Aufstellung eigener Streitkräfte und Rüstung in der DDR).**

Dazu kamen schwere Fehler bei der Durchsetzung des Kurses zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus (II. Parteikonferenz) und bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die rücksichtslosen, von der sowjetischen Kontrollkommission verlangten Maßnahmen trafen Mittelstand, Groß- und Mittelbauern (Entzug der Lebensmittelkarten für »kapitalistische Elemente«, Steuererhöhungen, erhöhtes Ablieferungssoll), Teile der Intelligenz und die Industriearbeiter (Wegfall verbilligter Arbeiterrückfahrkarten, 10 % Normerhöhung). Die administrativ erzwungene Normerhöhung wirkte als Lohnkürzung und war der Auslöser der Streikbewegung.

fürchtete. Wie SED-Mitglieder an einer Schule die Nachricht aufnahmen, zeigt eine diesem Beitrag beigelegte Aufzeichnung (in Teil II).

Die Juni-Ereignisse 1953 sind ein bis heute dumstrittener Einschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Ihre Interpretation ist auch für Fachhistoriker ein Problem. Gegen die angebotenen Deutungsvarianten bestehen berechnete Einwände, weil sie zwar Aspekte der Unruhen beschreiben, die aber nicht durchgängig das Geschehen prägten. Volksaufstand: Mittelschichten, Bauern und Intelligenz waren kaum beteiligt; Arbeiteraufstand: da Aufstandsmerkmale zumeist fehlen, ist (spontane) Arbeitererhebung genauer. Faschistischer

Putsch: Altnazis, Wehrmachtsoffiziere und faschistoider Mob traten nur an wenigen Stellen aktiv in Erscheinung (Berlin, Buna, Görlitz, Halle). Die Wertung marxistischer Historiker als »konterrevolutionärer Putsch« bezieht sich nicht auf die sozialen Forderungen der Streikenden und Demonstranten, sondern auf die Hauptziele der Souffleure in westlichen Medien und Diensten. Frühzeitige Einflußnahme aus der BRD ist offensichtlich: Planungen für »Tag X«, »koordinierende und impulsgebende Rolle« (HEITZER 1990) des US-Senders RIAS, Agenturen (Ostbüro von SPD u. CDU, Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit). Strittig ist, ob ein Putschversuch beabsichtigt war. Wie weit Agenten des KGB-Chefs Berija die Fäden zogen, ob die Provokation von Sozialprotesten zur Ablösung der Ulbricht-Spitze beabsichtigt war – dazu gibt es nur Indizien. Zu Einwirkung des Westens und der veränderten Moskauer Führung siehe BENTZIEN 2003, GOSSWEILER 2013¹, PROKOP 2013².

Wie SED-Mitglieder an einer Schule die Nachricht aufnahmen, zeigt eine diesem Beitrag beigelegte Aufzeichnung (in Teil II). Die Juni-Ereignisse 1953 sind ein bis heute dumstrittener Einschnitt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Ihre Interpretation ist auch für Fachhistoriker ein Problem. Gegen die angebotenen Deutungsvarianten bestehen berechnete Einwände, weil sie zwar Aspekte der Unruhen beschreiben, die aber nicht durchgängig das Geschehen prägten. Volksaufstand: Mittelschichten, Bauern und Intelligenz waren kaum beteiligt; Arbeiteraufstand: da Aufstandsmerkmale zumeist fehlen, ist (spontane) Arbeitererhebung genauer. Faschistischer Putsch: Altnazis, Wehrmachtsoffiziere und faschistoider Mob traten nur an wenigen Stellen aktiv in Erscheinung (Berlin, Buna, Görlitz, Halle). Die Wertung marxistischer Historiker als »konterrevolutionärer Putsch« bezieht sich nicht auf die sozialen Forderungen der Streikenden und Demonstranten, sondern auf die Hauptziele der Souffleure in westlichen Medien und Diensten. Frühzeitige Einflußnahme aus der BRD ist offensichtlich: Planungen für »Tag X«, »koordinierende und impulsgebende Rolle« (HEITZER 1990) des US-Senders RIAS, Agenturen (Ostbüro von SPD u. CDU, Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit). Strittig ist, ob ein Putschversuch beabsichtigt war. Wie weit Agenten des KGB-Chefs Berija die Fäden zogen, ob die Provokation von Sozialprotesten zur Ablösung der Ulbricht-Spitze beabsichtigt war – dazu gibt es nur Indizien. Zu Einwirkung des Westens und der veränderten Moskauer Führung siehe BENTZIEN 2003, GOSSWEILER 2013¹, PROKOP 2013².

Hier werden Aufzeichnungen aus dem Nachlaß eines Stendaler Oberschullehrers und aktiven SED-Mitgliedes herangezogen, die die Stimmung vor den eigentlichen Unruhen beleuchten. In der umfangreichen Literatur zum 17. Juni 1953³ gibt es nur wenige Arbeiten zu Lage und Verhalten der Intelligenz in der DDR.⁴ Noch spärlicher sind Hinweise zur Situation an den Schulen. Die meisten umfassenden Darstellungen der Ereignisse betrachten das Schulwesen nicht. Die offizielle DDR-Darstellung zur Schulgeschichte begnügte sich mit dem vagen Hinweis: »Als die imperialistischen Kräfte im Juni 1953 einen faschistischen Putschversuch auslösten, stand die Mehrheit der Jugend zur DDR.« Die »Geschichte der Freien Deutschen Jugend« resümiert zutreffend, »Auf die Masse der Mitglieder und Funktionäre der FDJ war in diesen schweren Tagen Verlaß.« Auf die Situation an den Schulen wird dort nicht eingegangen.⁵ Daß aber die Stimmung unter den Lehrern, vor allem unter den Jugendlichen, zumindest örtlich auch sehr kritisch war, zeigt ein Bericht über die Ereignisse in Köthen.⁶ Spezielle Untersuchungen zur Situation an den Schulen sind dem Verf. nicht bekannt. Daher erscheint die Veröffentlichung der Notizen gerechtfertigt. Die Altmark – wie andere Agrargebiete – hat im Juni 1953 nicht zu den Brennpunkten des Geschehens gehört. Daher ist die dortige Entwicklung in den bisherigen Darstellungen kaum beachtet worden. In Stendal gab es nur einzelne Zwischenfälle (z.B. am RAW).⁷ Die demokratische Bodenreform hatte auch hier die Besitzverhältnisse verändert. »Im Kreis Stendal wurden 34 Großgrundbesitzer und 31 Kriegsverbrecher und Naziaktivisten mit einer Gesamtfläche von 13174 ha enteignet. Von den anfallenden Flächen wurden 847 Neubauernstellen geschaffen.« Im Kreis Salzwedel wurde am 26.07.1952 in Langenapel die erste LPG gegründet. »Bald danach folgten weitere acht Orte. Ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) des Kreises belief sich Ende 1952 auf 2,8%. Durch Neugründungen und Beitritte stieg der Anteil bis 1959 auf 47%...«⁸



Mitglieder der ZSGL Zentrale Schulgruppenleitung (ZSGL) der FDJ an der Winckelmann-Oberschule Stendal, 1953.

Beträchtliche Sprengkraft barg die Art der unerwarteten Kurskorrektur und die vom sowjetischen Hohen Kommissar Semjonow erzwungene sofortige Veröffentlichung der Mitteilung darüber. Dadurch blieb keine Zeit, die Öffentlichkeit auf diese Wende vorzubereiten. Nicht nur Ulbricht, auch der Verfasser jenes Kommunikés – ND-Chef und Politbüromitglied Herrnstadt – protestierten gegen diese unvermittelte Publikation, von der Herrnstadt »eine nicht zu verantwortende Chokwirkung« be-

Daten zum 17. Juni

26.-27.06.52 General- u. EVG-Vertrag ratifiziert. Offizieller Beginn der westdeutschen Aufrüstung
09.-12.07. 52 2. Parteikonferenz der SED

05.03.53 Tod Stalins

14.05.53 13. ZK-Tagung (Plenum) beschließt Normerhöhungen um mind. 10 % (Beschluss des Ministerrats der DDR dazu erst am 28. 5.)

28.05.-03.06.53 Führung der UdSSR »empfehl« der SED den »Neuen Kurs« (»Maßnahmen zur Gesundheit«)

10.06.53 Grundsatzgespräch zwischen Staats- und Kirchenführung entspannt ihr gegenseitiges Verhältnis. Kommuniqué dazu

11.06.53 Kommuniqué des SED-Politbüro vom 9. 6. zum »Neuen Kurs« veröffentlicht

16.-18.06.53 Streiks, Demonstrationen, Unruhen in der DDR

21.06.53 14. Plenum des ZK der SED

24.-26.07.53 15. Plenum des ZK der SED. Versuch von Wilhelm Zaisser und Rudi Herrnstadt, Ulbricht abzusetzen, scheitert

26.07.53 Verhaftung des sowjetischen Innenministers Lawrentij Berija

Literatur:

1 – Kurt GOSSWEILER, Dieter ITZEROTT, Der 17. Juni 1953 – Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt. In: Offensiv 3/2013, 4-23 (Wiederabdruck von 2009); Heinz HEITZER, Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand? In: Jochen CERNÝ (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte, Leipzig 1990, 125-138.

2 – Siegfried PROKOP, Der 17. Juni 1953. In: Mitteilungen d. Kommunist. Plattform 6/2013, 18-26;

3 – Neuere Darstellungen: Hans BENTZIEN, Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte - Verlauf - Hintergründe. Berlin 2003 (Memoiren); Torsten DIEDRICH: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR. München 2003; Manfred HAGEN, DDR - Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992; Siegfried PROKOP, Der 17. Juni 1953 - Geschichtsmythen und historischer Prozeß. Konzepte - Zeitzeugen - Chronik der Ereignisse. In: hefte zur ddr-geschichte, H. 81. Berlin 2003; Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953. GNN-Verlag Schkeuditz 1999.

4 – Anke HUSCHNER, Der 17. Juni 1953 an Universitäten und Hochschulen der DDR. In: BzG 33, 681-692, 1991; Nikola KNOTH, Loyale Intelligenz? Vorschläge und Forderungen 1953. In: Jochen CERNÝ (Hg.), 1990 a.a.O., 149-156; zur Martin-Luther-Universität Halle: Hermann-Josef RUIEPER (Hg.), »...Und das Wichtigste ist doch die Einheit.« Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Münster/Hamburg/London 2003, zu Jena Hans BENTZIEN 2003 a.a.O.; zur künstlerischen Intelligenz z.B. Wolfgang HARICH, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Berlin 1993, 19-27; Werner MITTEN-ZWEI, Die Intellektuellen, Berlin 2003, 103-115.

5 – Karl-Heinz GÜNTHER, Gottfried UHLIG, Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1968. Berlin 1970, 80; Karl Heinz JAHNKE u.a., Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Berlin 1982, 256.

6 – Alexander SPERK, Der »verhinderte« Aufstand - 17. Juni 1953 in Köthen. In: RUIEPER 2003 a.a.O. 30-58; zu Schulen in Gera und Jena: BENTZIEN 2003 a.a.O.; Dresden: HAGEN 1992 a.a.O., 163.

7 – Der 17. Juni 1953 in der Altmark. In: »Volksstimme«, Magdeburg, 17.6.1998.

8 – Aus der Geschichte der Tangermünder Arbeiterbewegung 1917-1946. Kreisleitung der SED Stendal (Hg.), o.O., o.J. [Stendal 1975]; Friedrich KAYSER, Aus den Gründungsjahren der LPG. In: Altmärkischer Heimatkalender 14, 25-27, 1985/96; Dieter SCHULZ, Ruhe im Dorf? Die Agrarpolitik von 1952/53 und ihre Folgen. In: Jochen CERNÝ (Hg.) 1990 a.a.O., 103-110.

Mehrheit für Antirassismus-Klausel

Potsdam (bbp). Wie das Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit informiert, planen die Fraktionen der SPD, der Linken, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Brandenburg eine Änderung der Landesverfassung. Die CDU-Fraktion lehnt den Vorstoß als »Symbolpolitik« ab.

Der Gesetzesvorschlag sieht vor, daß die Verfassungsgrundsätze in Artikel 2 der Landesverfassung um diesen Satz ergänzt werden: »Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.« Dieser Zusatz soll unterstreichen, daß Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft darstellen. Weil es sich um einen Verfassungsgrundsatz handeln würde, wäre das Land künftig verpflichtet, Bürgerinnen und Bürger vor Rassismus zu schützen; antirassistische Aktivitäten wären durch die Verfassung legitimiert.

Verändert werden soll darüber hinaus der Artikel 12, der die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz festlegt. Der Begriff »Rasse« soll gestrichen und stattdessen ein Verbot der Diskriminierung »aus rassistischen

Gründen« aufgenommen werden. Damit solle deutlich werden, daß es keine »Rassen« gibt und der Staat Menschen auch nicht mehr in »Rassen« einordnet. Im Gegenteil wird eine rassistische Diskriminierung ausdrücklich geächtet. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine solche Klarstellung angeregt.

Die Vorsitzende des Aktionsbündnisses Heilgard Asmus begrüßte den Gesetzesentwurf, weil er das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für die Demokratie wertschätze und stärken könne. »Ich ermutige die Abgeordneten«, sagte sie, »auch außerhalb des Parlaments für die Verfassungswerte zu werben und mit Bürgerinnen und Bürgern dort Flagge zu zeigen, wo rassistisches Gedankengut bei Demonstrationen oder Konzerten verbreitet wird.«

Heilgard Asmus hofft, daß auch die Abgeordneten der CDU dem Entwurf zustimmen: »Klare Zeichen sind wichtig im Kampf gegen Rechtsextremismus.« Die Stimmen der CDU sind allerdings nicht zwingend erforderlich. Denn die vier Fraktionen verfügen über insgesamt 68 Mandate. Für eine Zwei-Drittel-Mehrheit werden 59 der 88 Stimmen benötigt. Die Gesetzesänderung soll bis Ende des Jahres beschlossen werden.

PRISM und Co.: So geht das nicht!

Ein verantwortungsbewußter Erdenbürger, jetzt verfolgt und gejagt, deckt einen Spionage- und Abhörskandal ohnegleichen auf: THE BIG BROTHER IS WATCHING YOU ...

Das PRISM-Programm überwacht Yahoo, Microsoft, Google, Facebook und Apple. Jeder Kunde dieser Firmen hat also eine virtuelle Akte bei CIA und NSA. Also im Prinzip jeder! So weit so schlecht.

Doch nun stellt sich heraus: Die Briten scannen systematisch sämtliche Internet- und Telefonverbindungen, weltweit. Zum Schutze Ihrer Majestät! Oder, weil der neu angeschaffte

Super-Computer ausgelastet werden muß. Und man schafft schöne neue 100 Arbeitsplätze für junge gutausgebildete Nachwuchsspione. Die wollen alle eine Familie gründen!

Aber, liebe britische Freunde, so geht das nicht! Unseren deutschen Daten- und Fernsprechatal möchten wir doch, bittschön, selber überwachen. Wozu haben wir hochqualifizierte IT-Spezialisten und eine Mega-Baustelle in Berlin-Mitte? Das können wir alles selber ... und viel genauer! Unser Programm heißt dann nicht PRISM, sondern nach echter deutscher Beamtenart: BuNaDInTÜvScuDat – Bundesnachrichtendienst-Internet-Telefonie-Überwachungsverordnungs-Scann-Programm und Datenablage.

Und was einmal in der Ablage liegt, das weiß jeder, das liegt da schön lange ...

JÜRGEN GRAMZOW

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
 Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Ausstellung zum 17. Juni

Eberswalde (bbp). Seit dem 17. Juni erinnert eine Ausstellung in der Eberswalder Stadtbibliothek an die Proteste in der DDR vor 60 Jahren. »1953 gingen«, heißt es dazu in einer Pressemitteilung der Eberswalder Stadtverwaltung »in der gesamten DDR eine Million Menschen auf die Straße, um gegen die SED-Regierung zu demonstrieren. Sowjetische Panzer beendeten diesen Aufstand.« Die Ausstellung, welche die offizielle Sichtweise der BRD-Geschichtsschreibung zum 17. Juni 1953 in der DDR darstellt, kann zu den Öffnungszeiten der Stadtbibliothek noch bis Ende September besucht werden.

Portal zur DDR-Presse

Berlin (kd). Im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts wurden die drei DDR-Tageszeitungen »Neues Deutschland«, »Berliner Zeitung« und »Neue Zeit« (1945/46 bis 1990/1994) digitalisiert und im Volltext erschlossen. Dieses vier Jahre andauernde Projekt konnte Ende Mai 2013 abgeschlossen werden. Die Zeitungen werden innerhalb des Zeitungsinformationssystems ZEFYS der Staatsbibliothek zu Berlin im Portal »DDR-Presse« frei zugänglich und unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/>

Trotz Naziterror

Eberswalde/Potsdam (kj/bbp). Tamás Blénessy ist in Eberswalde aufgewachsen. Wegen seines ungarischen Vornamens wurde er oft gehänselt, erinnert er sich. Als Teenager schloß sich Tamás der linken Szene an und wurde schnell zum Gesicht der lokalen antifaschistischen Bewegung. Später studierte er in Potsdam. Dort überfielen ihn im Jahr 2005 Neonazis und schlugen ihn nieder. Trotzdem arbeitet Tamás Blénessy weiter für die Antifa. Natürlich sei es Aufgabe des Staates, Jugendliche von der Straße zu holen, meint er. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger seien in der Pflicht. »Menschen in kleinen ostdeutschen Städten haben eine Gruppenmentalität und sehen alle Ausländer, auch Deutsche von anderswo, als fremd an.«

Der Fotograf Sean Gallup hat Neonazis und ihre Opfer porträtiert, unter ihnen Tamás Blénessy. Die Zeitschrift »Stern« hat die Fotos veröffentlicht (www.stern.de/fotografie/rechts-extremismus-in-deutschland-die-haben-mir-eine-perspektive-gebotten-2019762.html).

Ortsbegehung Eberswalde

Stadtrecherchen zu Shoah und Täterschaft

Eberswalde (prest-ew). Noch bis zum 5. Juli setzt sich eine Ausstellung im Eberswalder Rathaus mit der Geschichte jüdischen Lebens in der Stadt und den an Juden verübten Verbrechen auseinander. Unter dem Titel »Ortsbegehung Eberswalde« dokumentiert die Schau, wie Jugendliche der Goethe-Schule lokale NS-Täterschaft und Antisemitismus in Eberswalde erforscht haben.

Eberswalder Stadtlauf

Eberswalde (prest-ew/bbp). Der Eberswalder Stadtlauf wird in diesem Jahr am 1. September gestartet. Schirmherr Bürgermeister Friedhelm Boginski würdigte die Organisatoren von Partner für Gesundheit e.V.: »Es gibt wenige Ereignisse in Eberswalde, in denen so viel ehrenamtliches Engagement in der Breite steckt. Der Lauf ist inzwischen zum sportlichen Markenzeichen für die Stadt geworden und findet deshalb auch die volle Unterstützung des Rathauses.« Die Einnahmen aus den Startgeldern werden auch in diesem Jahr für gemeinnützige Projekte ausgeschüttet, erklärte Initiator und Mitorganisator René Hoffmann. Im vorigen Jahr kamen dafür 8.000 Euro zusammen. René Hoffmann erwartet in diesem Jahr, daß sich mindestens 2.000 Läuferinnen und Läufer in allen Altersklassen beteiligen werden und dann zum Beispiel das Haus der fröhlichen Kinder aus dem Leibnizviertel, die Kindernachsorgeklinik Berlin-Brandenburg oder die Rettungshundestaffel der DLRG unterstützt werden können. Die Laufstrecke ist 7 km lang, beginnt und endet im Westendstadion und führt über die Eisenbahnstraße zur Maria-Magdalenen-Kirche und wieder zurück. Anmeldungen und Informationen unter www.eberswalder-stadtlauf.de

Nazis sind hier unerwünscht

Die nächsten Termine sind bekannt und wir sind dabei

Dank dem Aktionsbündnis »Finowfurt nazifrei« unter der Losung »Nazis den Stecker ziehen« wurde die Demo am 18.05.2013 zu einem beachtenswerten Erfolg gegen das auf dem Grundstück der Familie Mann in Finowfurt angesagte Rockkonzert der Partei »Die Rechten«. Rund 1.000 Demonstranten begaben



sich vom Erzberger Platz (Finowfurt) zur Auffahrt zur A11, um dort in mehrstündiger Blockade die Zufahrt zum Mann'schen Grundstück nach Möglichkeit zu behindern und in Worten, Transparenten und buntem Treiben ihren Willen Ausdruck zu verleihen, daß »braune Würstchen« höchstens am Grillstand zum Verspeisen willkommen sind. Die Vielfalt der vertretenen Parteien, Organisationen und Bündnisse ließ erkennen: Rechtsextreme Treffen mit offensichtlich nazistischem und rassistischem Hintergrund sind in unserer Region unerwünscht. Egal, ob der Ort Bernau, Wittstock, Neuruppin, Eberswalde oder Finowfurt heißt.

Wenn der Schorfheider Bürgermeister, Uwe Schoknecht, »...alle demokratischen Kräfte« einlädt, ihn (in seiner Eigenschaft als Institution) zu unterstützen, »daß die Gemeinde Schorfheide kein Ort für Nazis ist«, dann nehmen wir ihn beim Wort! Denn die nächsten Termine für

ähnliche Treffen auf dem Grundstück der Familie Mann in Finowfurt sind schon avisiert: Am 29. Juni eine Sommersonnenwendfeier mit ca. 50 Leuten, am 27. Juli eine Geburtstagsfeier mit vielen geladenen Gästen, am 17. August eine Gedenkfeier zum Todestag des Stellvertreters des »Führers«, Rudolf Heß und im Oktober ein Rockkonzert der NPD.

Lassen wir sie nicht ungehindert gewähren, um ihren Standort Finowfurt zur Gewohnheit werden zu lassen. Von Zusammenrottungen rechtsextremistischer Kräfte geht stets eine Gefahr aus. Ihre Gewaltbereitschaft ist zur Genüge bekannt. Beispiele dafür gibt es auch in unserer Region, beginnend mit Amadeu Antonio.

Das erfolgreiche Aktionsbündnis »Finowfurt nazifrei« mit dem Bündnis »Bunte Schorfheide« hat schon beraten, welche Aktionen als Antwort auf die Treffen der unerwünschten Personen eingeleitet werden sollen. Nächste Zusammenkünfte sind schon beschlossen. Im Internet ist der Besuch auf den Web-Seiten mit den oben genannten Bezeichnungen der Bündnisse zu empfehlen. Dort kann man sich aktuell informieren und auch in die Vorbereitungen einbringen. Gute Anlaufpunkte sind auch die Geschäftsstelle der Partei »Die Linke« in Eberswalde oder die Kontaktadresse finowfurt@riseup.net per eMail. Die lange Liste der Unterstützer für die Aktionen gegen Rechts läßt eine starke Gegenwehr erwarten. Jede Stimme, jedes persönliche Engagement, jede Idee ist gefragt. Keiner ist für die Mitwirkung zu jung oder zu alt, um die braune Pest einzudämmen.

HELMUT BRAUNSCHWEIG,
im Auftrage der Aktionseinheit Links



Geheimer Konzertkeller in Biesenthal entdeckt

Biesenthal (rechercheteam). Vor wenigen Wochen entdeckten Behördenvertreter auf dem Biesenthaler Nazigelände einen zum Konzertort ausgebauten Keller. Die Wände waren schallisoliert, so daß auch laute Musik draußen nicht mehr zu hören war. Auch eine feste Bühne war in den Keller gebaut worden. Seit wann es diese Einbauten gab und wie oft der Keller genutzt wurde, ist unbekannt. Die Betreiber haben die Auflage bekommen, alles wieder aus- und abzubauen. Auch ein empfindliches

Bußgeld soll verhängt worden sein. Denn die Einbauten und die Nutzung des Geländes für Konzerte widersprechen den amtlichen Auflagen. Es gibt auch Gerüchte, daß am 29. Juni ein Nazi-Konzert in Biesenthal geplant ist. Allerdings findet am selben Tag in Finowfurt das Sommerfest von der Nazi-Partei »Die Rechte« statt.

Am 16. Juni wurden mehrere Menschen auf dem Nazigelände von Spaziergängern entdeckt.

Mit Zoten zu Quoten

In der Chefetage des ZDF macht man sich Sorgen – das Durchschnittsalter der Stammkundschaft liegt mit 60 Jahren zu hoch, und eine Totalvergreisung des Publikums rückt immer näher.

Also sucht man, wie der Intendant des Senders jüngst mitteilte, nach Möglichkeiten, das Programm auch für jüngere Mitbürger und Innen attraktiver zu gestalten. Nichts dagegen zu sagen, denn daß die Jugend des Landes andere Vorlieben hat als die ewigen Wett- und Kwitzshows und die noch ewigeren Frühlings-, Herbst- und Winterfeste der Blas-, Heimat- und sogenannten Volksmusik, war allgemein bekannt und hat sich nun endlich auch bis zu Thomas Bellut herumgeflüstert.

Beim Suchen nach neuen Möglichkeiten widerfuhr dem Oberhaupt der Mainzer Sendeanstalt nun eine Un-Möglichkeit dicksten Kalibers, die die Vermutung zuläßt, der smarte Medienboß sei von allen guten Mainzelmännchen verlassen und die hätten gleich noch ein paar seiner Geschmacksnerven mitgenommen.

Im Pressegespräch, ironischen Tenors von einem Zeitungsmann gefragt, ob die rosarote Rampensau Cindy aus Marzahn schon ins Kalkül gezogen worden sei für eine eigene Show, antwortete Bellut: »Ich finde das eine originelle Variante. Sie ist sehr klug...«

Hier zwei Belege für die »Klugheit« der sog. Prinzeß of Plattenbau: »Neulich ha ick mir beim Gynäkologen angemeldet. Meine Muschi mußte wieder ma zum TÜV...«

»Meine Freundin hat sich neulich zwee Kilo Hack jekooft. Dann isse inne Kneipe, hat sich nackisch jemacht und mit dem Hack bestrichen. Und dann uffn Tresen jelegt. Als Fickadelle...«

Auf einer Abendveranstaltung, zu der viele der schlicht veranlagten Erwachsenen auch ihre unmündigen Kinder mitgeschleppt hatten, ging es auf gleichem Niveau weiter – kitzlerisch, schwänzig, mösenfröhlich.

Ein Reporter der ZEIT war dabei und hat das alles ausgehalten und aufgeschrieben. Und – Schande für die Elbestadt – ein tobendes Magdeburger Publikum erlebt. Tobend nicht vor Entsetzen, sondern aus schierer Begeisterung.

Aber wer wagt zu behaupten, daß die Leute mit verkrümmtem Spaßverständnis, die es überall gibt, in Lunow oder Eberswalde auch, anders reagiert hätten? Sicher ist: Es wären mehr »unserer Menschen« der Maid im Jogginganzug zugeströmt als, sagen wir mal einer Schriftstellerlesung oder einer Wahlveranstaltung der Freidemokraten.

Es geht ja, um Verdächtige der Prüderie auszuräumen, im Falle der jungen feisten Dame, die auf ihre Weise immerhin den Aufschwung aus dem Hartz-Vier-Milieu gepackt hat, nicht darum, ob sie einmal mehr, einmal weniger oft oder gar nicht Vokabular aus der Fachsprache der Wissenschaft, übersetzt ins derbe Deutsch des Volkes, einsetzt. Das haben Goethe, der eine Damenfigur »Jungfer Schönwötze« benamste, Brecht und der Ex-Mönch Martin Luther auch getan, um nur drei einigmaßen bekann-

te Geister zu erwähnen. Allerdings wußten die um den feinen, schwer zu definierenden Unterschied zwischen amüsanter, mit dem Erotischen spielerisch umgehender Ferkelei und plumper, zotiger Sauerei.

Wäre die rosa Rollmöpsin, die »sehr kluge«, in der Lage, das zu begreifen und zu »realisieren«, müßte sie sich dann allerdings kritisch neben ihre Kunstfigur stellen und sie parodieren. Geht aber nicht, weil der inzwischen millionenschweren Jungfer die Hammel- und Lammherden wegliefen. Und die neue Kundschaft, die sich – vielleicht – mit ihr auf den anderen Weg einließe, brächte alles andere, nur keine Quote.

Also wird sie das tun, was die »Seriösen« ihr vor- oder nachmachen: weiter abhaken, tingeln, wo auch immer; sich zeigen, zeigen und nochmals zeigen – egal, ob bei Silberblech, Hirschhausen, Raab oder dem affigen Hampelmann Lanz. Was Jan Josef Liefers, seiner Gattin, dem unabweisbaren Norbert Blüm, dem Ex-Widerständler Emmerlich, dem Schnatterhans Gwisdek oder dem zum Witzesammler verkommenen Literaturprofessor (!) Karasek ein paar Kröten mehr Mindestlohn einbringt, muß auch die »Hella von Sinnen des Ostens« tun dürfen sollen.

Wer dem ZDF abtrünnig wurde, soll nun hoffen können, daß ihm geholfen wird bei der Rückkehr zu dem Sender, der mit einem zugehaltenen Auge wirbt und »zeitnah« die nudeldicke Dirn hereinkullern wird. Würde sich, was durchaus im Rahmen des vorstellbaren liegt, olle Cindy mit Hack einseifen und ihrer Freundin nachtun..., dann müßte man sich wahrscheinlich auch das zweite Auge zuhalten. Vor Schreck. Aus Mitleid. Mit dem Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten wäre diese Aktion k a u m noch vereinbar, gelle? Aber vielleicht hat Herr Bellut ein spindeldürrer Eheweib und mag Cindy als Kontrastfigur? Weiß man's?

Für die Fettfleischfetischisten und das riesige Rudel Bildschirmvoyeure wär es ein Fest. Und der Normalsachse, den es, Tillich hin und Arnold Vaatz her, immer noch gibt, würde sich fragen: Cindy, oh Cindy, sind die denn noch normal?

Dr. STEFFEN PELTSCH

GALERIE plantasia
AUSSTELLUNGEN 2013
 »Blumenbilder«
 Malerei von Matthias Schwarz
 (1999-2006)
 Ausstellung vom 15.6. - 7.7.
 Es gibt keine festen Öffnungszeiten. Besuche können unter
 03334/235733 oder timm@plantasia.de vereinbart werden.
 Eichwerder Straße 1 · 16225 Eberswalde · www.galerie-plantasia.de

Kindertag am Kanal

Am 1. Juni feierte der Verein Rumpelstilzchen e.V. sein erstes Kinderfest. Gastgeber war das »Haus am Finowkanal« in der Bergerstraße.

Mit dabei waren die Kinder aus der Kita »Arche Noah« aus dem Brandenburgischen Viertel, die vom Team des Eltern-Kind-Zentrums begleitet wurden. Sie wollten sich auf diese Weise beim Rumpelstilzchen e.V. für das Ende April in die Kita gebrachte »Unternehmerfrühstück« bedanken. Die Kinder brachten Luftballons mit und gestalteten so das Fest mit.

Die Mitglieder des Vereins hatten das Fest wochenlang geplant. Sie suchten Aussteller und Sponsoren. Der Erfolg des Fests ließ die Mühen schnell vergessen.

Wir sahen den Auftritt der cheeky bees, die Warriors zeigten was sie können, Team Power veranstaltete kleine Teamspiele mit den Eltern und Kindern. Auch für Kinderschminken, RC Car fahren und Wii Spiele war gesorgt. Hier engagierten sich vor allem die Mitglieder des Vereins selbst. Die Firma Bergeroptik führte einen Kindersehtest durch und die Kleinen konnten am Glücksrad drehen. Für eine Abkühlung mit leckerem Eis sorgte Don Camillo.

Zusammen mit den vorherigen Spendenaktionen, dem Flohmarkt vor Ort und dem Erlös aus dem Bratwurstverkauf konnten wir mehr als 300 Euro für einen guten Zweck zusammentragen.

Dieses Geld wird nun einem Mädchen aus der Lichterfelder Schule zugutekommen, das unbedingt Klavierunterricht möchte. Wir finanzieren ihr ein Jahr lang den Unterricht.

Wir möchten uns auf diesem Wege bei allen bedanken, die dieses Fest möglich gemacht haben und bei Vorbereitung und Durchführung halfen.

MICHAEL OTTO

Im Tal der Liebe

30. Juni, Sonntag: Tal der Liebe in der Neumark (6 km Wanderung polnische Oderseite)

Am Treffpunkt bilden wir möglichst Fahrge-meinschaften, da die Parkmöglichkeiten am Wanderausgangspunkt beschränkt sind. Gemeinsam fahren wir über den Grenzübergang Hohenwutzen und sammeln uns unterhalb des Riesenadlers. Im Konvoi fahren wir gemeinsam bis Niedersaathen (Zatón Dolny). Hier beginnt die Wanderung in das Tal, das die Liebe schuf. Auf einem Rundwanderweg über Bastei, vorbei am Herthasee und Gedenkhöhe, wo wir einen herrlichen Blick ins Land haben werden, geht es durch wunderschöne Wälder. Am Endpunkt sind Kaffee und Kuchen eingeplant. Wanderleiter: Corinna Gerber und Wolfgang Bülow
 Treff: 13.30 Uhr Vor Hotel »Zur Fährbühne«, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen b. Bad Freienwalde
 Gebühren: Erwachsene 2,80 Euro, ermäßigt Kinder und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,40 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Sommeranfangsfest

20 Jahre »altenhofer kulturkreis e.V.«

Samstag den 29.06.2013 · Ab 20 Uhr:
Konzert und Tanz mit »IRIS Gleichen«

Die Veranstaltung findet in Altenhof am Werbellinsee am Bootshaus »Am Breten« statt. Bei schlechtem Wetter bitten wir ins Bootshaus an der EJB.

GÜNTER LANDMANN

www.myspace.com/irisgleichen
 www.altenhofer-liersommer.de oder www.facebook.com/AltenhoferLiedersommer

Vorschau: **10. Altenhofer Liedersommer**

Freitag, 23.8., und Sonnabend, 24.8.2013.
 Mit Bayon und Gästen, Haase&Band, Gundermanns Seilschaft. Sonnabendnachmittag: Kinderprogramm mit Monika Ehrhardt.

Sommerzeit – Urlaubszeit

Die »Barnimer Bürgerpost« verabschiedet sich mit dieser Ausgabe in eine kurze Sommerpause. Unsere Augustausgabe erscheint somit erst in sechs Wochen am 6. August. Wir wünschen allen einen schönen Sommer und allen Urlaubern angenehme Erholung.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

6. September, 19 Uhr: Lesung & Konzert
 Angelika Mann singt und erzählt aus ihrem Leben
 »Was treibt mich nur«.

Das Team der Buchhandlung Mahler

PUNK A GONNY!

Finanzierung von der Crowd



Meine Lieben, sehr verehrtes Publikum, gottverdammte kommende Einwohner/innen von PUNK A GONNY!, wie schon einst die berühmte Punkband KLARTEXT sind auch wir auf der Suche nach unserem Sänger Hertel. Aber an seinem Fehlen werden wir nicht scheitern.

Bevor ihr alle mitspielen könnt, müssen wir noch etwas Geld auftreiben. Und nun erzählt mir nicht, ihr seid arm.

Schaut euch schon mal das lustige Video an - ein Remake von Monty Python's Holzfüllersong, registriert euch bei

<http://www.startnext.de/punk-a-gonny>
 und werdet Unterstützer/innen!

Wir proben den ganzen August auf dem Hof vom EXIL, der für das Stück komplett gestaltet wird. Am 6., 13. und 14. September führen wir dann unser Singspiel mit Unterstützung des Männerchores Franz Mücke auf.

Zusätzlich bespielen wir nun den Potsdamer Platz an einem weiteren Termin.

Auf www.startnext.de/punk-a-gonny gibt es jetzt immer wieder ein neues Dankeschön.

Geld macht sinnlich. Es wird großartig.

KAI JAHNS

»Meister und Margarita«

Eine Rockoper nach dem Buch von Michail Bulgakow

Die berührende Liebesgeschichte zwischen der reichen aber einsamen Margarita und ihrem Meister – Liebe, Sehnsucht, Schmerz, Sünde und Magie.

Ein begnadeter Schriftsteller, beflügelt durch die Hand jener Frau, wird durch die Kritiker dermaßen denunziert, daß er in schwere Depressionen verfällt und die Flucht ergreift.

Seine Liebe läßt er zurück, in der Zuversicht, sie würde ihn vergessen. Doch das kann sie nicht und fast hat sie die Hoffnung aufgegeben, ihren Meister zurück zu gewinnen. Da spricht man plötzlich von einem merkwürdigen Ausländer in der Stadt. Was hat dieser als Magier bekannte

Mann und sein Gefolge in Rußlands Hauptstadt vor? Merkwürdige Dinge nehmen ihren Lauf... Vertont und getextet: Sequenz;

Mitwirkende: Anastasia Suvorov, Elisabeth Koch, Manuela Bratek, Ursula Bleyer, Marcus Gesche, Michael Suvorov und Tobias Dziedo.

Premiere: Samstag, 13. Juli 2013 – 21 Uhr

Adresse: Ackerstraße 5, 16225 Eberswalde

Karten: 8,50 Euro/Studenten 6 Euro

Sequenz

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Berus, Braunschweig, Exil, Gramzow (3), Markmann (2), Richter, Triller

drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 20. Juni 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1. August 2013, 12 Uhr.